



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXIII. Österreich-Ungarn und die großserbische Idee.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Österreich-Ungarn und die
* großserbische Idee *

Die Stellung des magyarischen Adels	166
Die Tschechen und das Ministerium Taaffe	169
Nationaler Widerstand der Deutschen Österreichs	171
Koloman Tisza und das Übergewicht Ungarns	173
Kroatische Zustände 1880 bis 1893	174
Der Kampf um die gemeinsame Armee. Die zwei Thronfolger	178
Die großserbische Idee. Ermordung König Alexanders	184
Zollkrieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien	190
Verhältnis der Kroaten zu den Serben	192
Die serbisch-kroatische Koalition und ihre Gegner	196
Serbiens Ansprüche auf Bosnien	201
Revolutionäre Anschläge und Hochverratsprozesse	206
Besserung der Lage in Österreich-Ungarn	210

Unversehens ist das, was früher zu den inneren Schicksalen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte, Gegenstand der Weltpolitik geworden. Es läßt sich keine Scheidelinie zwischen den Vorgängen in ihrem Innern und dem Weltgeschehen ziehen, durch welches die neuen Gemeinwesen im Donaubecken zum Dasein berufen wurden. Damit haben sich die dem vorliegenden Werke gezogenen Richtlinien verschoben. Während es sonst nicht in dessen Plan gehört, ausführlich bei dem Sonderleben der einzelnen Staaten zu verweilen, muß mit Österreich-Ungarn eine Ausnahme gemacht werden. Sonst läßt es unsere Geschichtsdarstellung unerklärt, weshalb sich, nach den Niederlagen der Mittelmächte, auf dem Boden des Habsburgerreiches neue Staaten gebildet haben. Auch in früheren Fällen mußten die Historiker öfters eine derartige Umschichtung des Stoffes vornehmen. Erst beim Heranbruch einer Revolution wird deutlich, welche früheren Ereignisse den Umschwung anbahnten. Das größte Beispiel hierfür ist die erst spät erfolgte Entschleierung der Vorgeschichte des Christentums. Jeder der Vorläufer Jesu, die verschiedenen messianischen Prophezeiungen des Alten Testaments, die Lehren der Stoa über die Einheit des Menschengeschlechtes, ebenso was vor Jesu über die Kindschaft Gottes, über den Antichrist und das Jüngste Gericht die Geister beschäftigte: all dies ist in seiner Wichtigkeit für die Entwicklung der Menschheit erst viel später erfaßt worden. Näher liegt das Beispiel von den Ursachen des Verfalles des römischen Reiches, die völlig erst nach seinem Untergange erforscht worden sind. Diese Hinweise genügen wohl zur Begründung, weshalb im folgenden vieles erzählt und nachgeholt wird, was man bis 1918 als unerquickliche Einzelheit im Innenleben des Donaureiches ansah und zur Aufnahme in eine weltgeschichtliche Betrachtung für ungeeignet gehalten hätte. Immerhin muß sich der Leser vor dem Eingehen auf diese Ereignisse mit Geduld wappnen. Er wird vielleicht finden, daß unsere Darstellung des Guten zu viel tut. Die Wucht des Geschehens ist aber für die Mitlebenden

und Mitfühlenden so groß, daß sie noch nicht die Freiheit des Geistes zum Sondern des Großen von dem Kleinen errungen haben können. Wer vermöchte aber auch jetzt schon hellseherisch zu erkennen, was von den zu schildernden Verfallserscheinungen wert ist des Vergessens und worauf sich, zwischen der Weichsel und dem Schwarzen Meer, das künftige Leben der Völker aufbauen wird? Die Antwort auf diese Frage birgt Goethes tiefsinniges Wort „Stirb und Werde!“ in sich.

Das gilt vornehmlich für die Zustände in den südslawischen Gebieten. Durch dieses, sein südöstliches Glied, ist der habsburgische Reichskörper brandig geworden. An der serbischen Grenze waren die Feinde am tätigsten. Aus dem Staatsarsenal zu Kragujevac kamen die gegen Erzherzog Franz Ferdinand geschleuderten Bomben, die das Zeichen zum Weltkriege gaben. Offen oder geheim arbeitete jede politische Gruppe in Serbien am Losreißen der südslawischen Gebiete von Österreich-Ungarn. Den serbischen Parteiführern, den nächsten Anstiftern des Weltkrieges, fiel die Bürgerkrone zu; sie und Peter Rarageorgewić, der durch die Ermordung seines Vorgängers auf den Thron gelangte, waren die Schützlinge der französischen und englischen Demokratie; ihnen werden in Belgrad Denkmäler gesetzt werden. So sieht im Völkerleben Schuld und Sühne aus. Vergebens sucht man in den Weltgeschicken den Sieg des Sittengesetzes; ohne Rücksicht darauf stirbt das Allerschwache ab, während die Kraft sich durchsetzt und Herrscherin wird. Siechtum ist unmoralisch und wird mit dem Tode bestraft; der Starke trägt den Preis davon. Das ist die aus der Menschengeschichte wie aus dem Leben der Natur sich ergebende Lehre.

*

Die Stellung des magyarischen Adels

Einem Traumbild hatten die österreichischen Staatslenker nachgejagt, die zwischen 1849 und 1859 die Monarchie in einen deutschen Einheitsstaat umschmelzen wollten. Damit war der Natur des Reiches und den seine Völker beherrschenden Ideen Gewalt angetan. Die Südslawen hatten sich dazu noch über Undankbarkeit zu beklagen. Denn obwohl sie 1848 die Waffen für den Kaiser ergriffen hatten,

Schritt der, mit ihrer Hilfe siegreiche, Einheitsstaat auch über die Verfassung und die Sprache Kroatiens hinweg. Damals begann die Abwendung der Südslawen von Kaiser und Reich. Als durch die Reichsverfassung von 1861 für die ganze Monarchie ein gemeinsames Parlament eingesetzt wurde, verweigerte der kroatische Landtag gleich dem ungarischen dessen Beschiedung. Vergebens war der Versuch, das tief gekränkte Volk dadurch zu versöhnen, daß Kroatien eine selbständige Verwaltung unter dem Hofkanzler Mažuranić erhielt, den sein Volk als einen seiner besten Dichter ehrte. Ihm trat Bischof Strožmayer mit dem Ideal eines von Wien wie von Budapest unabhängigen, südslawischen Staates entgegen, wobei jedoch das Zepter dem Hause Habsburg zugebracht war. Die Abstimmung im kroatischen Landtag, bei der die Wahl in den Wiener Reichsrat mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde, war die wichtigste Ursache des Scheiterns des Planes, der ganzen Monarchie einen gemeinsamen gesetzgebenden Körper zu geben.

Der österreichische Einheitsstaat zerbrach nach der Schlacht bei Königgrätz. Die Dynastie verständigte sich im Ausgleich von 1867 mit dem magyarischen Adel, so zwar, daß die Teilung der Macht zwischen diesen zwei Gewalten vereinbart wurde. Die Krone behielt die Verfügung über das Heer und die äußere Politik, während die innere Verwaltung und die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes dem Grundadel überantwortet wurden. Ungarn wuchs politisch und wirtschaftlich stattlich in die Höhe, der Gewinn fiel aber ausschließlich den Oberschichten zu. Gegenseitig gewährten sich die magyarisch-nationalen Parteien freies Spiel, auf den übrigen Volksstämmen lastete Gewaltherrschaft. Deren Mittelpunkt war das Parlament, das auf einer künstlichen Einteilung der Wahlbezirke und auf einem zweckdienlich abgestuften Zensus aufgebaut war. Freiheit des Wortes und der Presse bestand nur für die magyarischen Bürger, denen auch eine zügellose Sprache gegen den König und die Regierung gestattet war; denn darauf hielt der herrschende Stamm mit dem ihm eigenen stolzen Unabhängigkeitsfinne. Dagegen gab es auch in der Justiz zur Niederhaltung der Nationalitäten eine sinnreiche Einrichtung. Wohl bestanden überall Geschworenengerichte, die auch in politischen Prozessen das Urteil fällten. Sie waren jedoch so eingerichtet, daß in politischen Strafsachen nur magyarische Geschworene richteten. Solche Prozesse kamen nämlich nach dem Gesetze nur in denjenigen Städten zur Verhandlung,

in denen sich Gerichtshöfe zweiter Instanz befanden; und zu deren Amtssitz waren ausnahmslos Städte mit rein oder mit überwiegend magyarischer Bewohnerschaft bestimmt. Somit kam der Deutsche, der Slawe, der Rumäne in politischen Dingen immer vor magyarische Geschworene, und diese sprachen ohne Gnade den Schuldspruch, sobald der Staatsanwalt den Angeklagten als Feind des Staates und der „Nation“ hinstellte. Bloß das magyarische Volk nämlich legte sich den Namen Nation (nemzet) bei, während jeder andere Stamm nur als Nationalität (nemzetiség) anerkannt war. Daß Ungarn ein einheitlicher Nationalstaat sei, galt als politischer Glaubenssatz. Und doch zählten die Magyaren in dem eigentlichen Ungarn (ohne Kroatien) nur 51,4 vom Hundert der Gesamtbevölkerung, Kroatien mit eingerechnet nur 45,4 vom Hundert; die Ziffern nach der amtlichen Volkszählung, die aber nicht das richtige Bild bot, da sie unter politischem und sozialem Drucke vorgenommen wurde.

Solcher Mißbrauch der Macht war nicht nach dem Sinne Deaks und Cötvös', nach deren Ideen der politische Neubau Ungarns 1867 aufgeführt worden war; denn diese weitblickenden Männer wollten den anderen Nationalitäten Freiheit der Bewegung gewähren. Das war auch der Gedanke des ungarischen Nationalitätengesetzes von 1868, dessen Grundlinien Cötvös in seinem 1865 erschienenem Buche „Die Nationalitätenfrage“ umrissen hatte. Aber schon Deak scheiterte, wenn er Mäßigung empfahl, an dem überhitzten Nationalgefühl seiner Landsleute. Später wurde das Nationalitätengesetz mit Füßen getreten; Stefan von Tisza sprach als Ministerpräsident während des Weltkrieges öffentlich aus, daß es, weil den magyarischen Interessen nicht entsprechend, unausgeführt bleiben müsse.

Nur Kroatien hatte im ungarischen Staate eine gesonderte Stellung. Es besaß von Alters her eine nationale Selbstverwaltung mit einem eigenen Landtag. Den Magyaren war die Erinnerung an den Kampf von 1848 ein Schreckbild, deshalb setzten sie sich 1868 mit Kroatien auseinander. Schon damals besaßen sie auf Grund ihres Einvernehmens mit der Dynastie solches Übergewicht, daß sie über viele Forderungen des Schwesterlandes unbillig hinwegschreiten konnten. Indessen stellte sich nach manchen Zuckungen ein erträglicher Zustand in dem Lande her. Noch war die Krone stark genug, um manche Wünsche Kroatiens erfüllen zu können, insbesondere dadurch, daß, trotz dem Widerstreben der ungarischen Regierung, Iwan Mažuranić 1873 zum Banus (Statt-

halter) ernannt wurde. Er war nach dem Urteil von Männern wie Gneist und Jagić der fähigste politische Kopf Kroatiens, der dem Lande jederzeit zu Gebote stand, ob nun Wien oder Budapest der Kraftmittelpunkt war. Die Verwaltung des Bauernbanus (diesen Namen erhielt er als der erste nichtadelige Träger des Amtes) war gewissermaßen die Glanzzeit Kroatiens, das sich in die neuen Verhältnisse einlekte. Er bahnte noch die Einverleibung der Militärgrenze in Kroatien an, aber schon 1880 erlag er dem wachsenden Einflusse des ungarischen Ministeriums auf den Hof.

*

Die Tschechen und das Ministerium Taaffe

Die den Magyaren mit der Zeit zufallende überragende Stellung war nicht unverdient, da ihnen die politische Schulung der herrschenden Klasse wie die Klugheit ihrer Staatsmänner zu Hilfe kam. Viel verdankten sie aber auch der Schwäche, zu der Österreich durch innere Wirren verurteilt war. Unversöhnlich standen sich Deutsche und Tschechen gegenüber. Zudem brach 1879 zwischen der Krone und den national fühlenden Deutschen Österreichs ein das Reich lähmender Zwist aus (Band I, S. 341). Der Kaiser, verstimmt durch die von dem führenden Stamme gegen die Einverleibung Bosniens und gegen das Wehrgesetz getriebene Opposition, regierte während des Ministeriums des Grafen Taaffe (1879—1893) mit Hilfe einer slawisch-kerikalischen Koalition im Abgeordnetenhaus; das Widernatürliche des Zustandes nötigte Taaffe zu gewagten Kunststücken, auf die er sich zwar trefflich verstand, die er aber selbst am besten dadurch kennzeichnete, daß er über die Schwierigkeit der Lage sagte: „Ich werde mich schon fortwursteln.“ Er konnte sich nur dadurch halten, daß er auf Kosten des Staates die Tschechen durch nationale, die Polen auch durch wirtschaftliche Zugeständnisse in bessere Laune versetzte. Die Polen waren innerhalb Österreichs national gesättigt und stellten sich der Regierung zur Verfügung. Dagegen wurde der Appetit der Tschechen zwar vom Grafen Taaffe durch gute Bissen angeregt, konnte aber nie voll befriedigt werden, was der Ministerpräsident geschickt dazu benutzte, um

durch Versprechungen ihre Stimmen im Abgeordnetenhaus zu gewinnen. Wohl erreichte er den nächsten Zweck, die Niederhaltung des deutschen Elements; der Kaiser besaß in der ganzen Verfassungszeit von 1867 an bis an seinen Tod nie gleiche Machtfülle. Eben dieses System entsprach den Neigungen Franz Josefs I. Denn er hegte seit der Gründung des Deutschen Reiches den Argwohn, die Deutschen Osterreichs würden sich am liebsten mit dem Mutterlande vereinigen. Um so weniger Lust besaß er, die Macht mit ihnen zu teilen, wozu er sich in der liberalen Zeit von 1867 bis 1879 hatte bequemen müssen. Dabei hielt er sich aus Rechtsgefühl wie aus Klugheit an die Verfassung von 1867, in deren Formen er, gestützt auf das Heer und das geschulte Beamtentum, schlecht und recht regierte. In dieser Zeit wurde die Verwaltung Galiziens, wie der tschechischen und slowenischen Gebiete, völlig slawisiert, nur in den Ministerien waren, bis zur Auflösung des Staates, die deutschen Beamten in der Mehrheit; unter diesen stieg aber nur der Gefügige zu den hohen Staatsämtern empor. Von der Herrschaft des deutschen Stammes zu sprechen, ist widersinnig, da er von der Hofburg ebenso gelenkt und mißleitet wurde wie die anderen Völkerschaften.

So wurden Deutsche und Slawen gegeneinander ausgespielt. Für die Tschechen ersann der sie 1860 bis 1899 gängelnde Hochadel ein eigenes Spielzeug. Dieses Volk war 1848 und noch bis 1860 von liberalen Ideen beherrscht, bis Graf Heinrich Clam-Martiniß (der Oheim des späteren Ministerpräsidenten) das Programm des historischen Rechtes der böhmischen Wenzelskrone entwarf. Der Anspruch auf einen besonderen Staat war der tschechischen Nationalität förderlich, so daß es gelang, sie für das böhmische Staatsrecht und für die Gefolgschaft des Adels einzufangen. Durch ein Menschenalter waren sie damit der Demokratie abwendig gemacht. Dieses angebliche Staatsrecht wurde als Erbstück einer großen nationalen Vergangenheit den modernen Verfassungsideen entgegengestellt. Dafür ließ sich Franz Palach, der hervorragendste Historiker des Landes, völlig gewinnen, obwohl er 1848 die böhmische Frage in national-demokratischem Sinne, durch die Zweiteilung des Landes nach Volksstämmen, hatte lösen wollen. Er und sein Schwiegersohn Rieger begründeten den Bund der von ihnen geführten alttschechischen Partei mit dem feudalen Adel. Diesem war besagtes Staatsrecht, obwohl viele seiner Angehörigen der tschechischen Sprache nicht mächtig waren, eine gute Waffe zum Fest-

halten der aristokratischen Vorrechte. Indem der Hochadel im Kampfe gegen das zentralistische und liberale deutsche Bürgertum für die Zerlegung Österreichs in seine Königreiche und Länder arbeitete, schaufelte er aber nicht bloß der Monarchie, sondern sich selbst das Grab.

Das waren die Methoden, durch welche die Hofburg und der Hochadel sich der Bundesgenossenschaft der Slawen versicherten. Das tschechische Volk würde sich bei seinem kräftigen Nationalgefühl auch ohne jene Reizmittel zu selbständigem Leben emporgeschwungen haben. Es war arbeitsam und nüchtern, zähe bis zur Hartnäckigkeit, dazu, durch die ihm zugeführte deutsche Bildung auf eine höhere Stufe der Kultur gehoben als alle übrigen Slawen. Allgemach fühlte es seine Kraft wachsen und machte zulezt von ihr den ihm genehmen Gebrauch. Ein neues Geschlecht wuchs auf, die demokratisch gesinnten Jungtschechen setzten bei den Wahlen von 1891 die alttschechische Partei aus dem Reichsrate, an Stelle Riegers übernahmen Kramar, Raizl und Masaryk die Führung¹⁾.

*

Nationaler Widerstand der Deutschen Österreichs

Durch die den Slawen von der Hofburg erwiesene Gunst wurden die Deutschen dem Staate und der Dynastie entfremdet. Sie litten so lange unter dem Mißtrauen gegen ihre Treue, bis sie aus Trotz der Mahnung der Nationalradikalen Gehör schenkten, sich zu der Gesinnung zu bekennen, die ihnen zugemutet wurde. Unter den Deutschen besaß ursprünglich, bis zu den Wahlen von 1897, die liberale Verfassungspartei die Führung, in welcher das nationale Bewußtsein nicht so stark war, wie die Anhänglichkeit an den österreichischen Staat. In solcher Gesinnung lebte und dichtete Grillparzer, selbst Mitglied der Verfassungspartei des Herrenhauses, ebenso Männer wie Schmerling, Herbst, Suez, Ignaz und Ernst von Plener, durchwegs gute österreichische Patrioten. Das Wohl des Staates und der Vorteil der

¹⁾ Paul Samassa, „Der Völkerstreit im Habsburgerstaat“, Leipzig 1910.

Dynastie hätten die Regierung bestimmen sollen, diese Gesinnung unter den Deutschen zu pflegen und zu befestigen. Statt dessen ließ der Kaiser die deutsche Verfassungspartei durch Taaffe bekämpfen und zerschlagen, um sie für ihren kirchlichen Liberalismus und ihre Opposition zu bestrafen. So bereitete sich unter dem Ministerium Taaffe in dem zurückgesetzten und in Böhmen mißhandelten Volksstamme die Abkehr vom Staate und von der Dynastie vor. Bei den Wahlen von 1897 ging die Verfassungspartei in Brüche und die deutschnationalen Gruppen beherrschten in den Sudetenländern die öffentliche Meinung. Auf diese Art bereitete sich sowohl unter den Deutschen wie unter den Tschechen ein nationaler Radikalismus aus, der im österreichischen Staate ein Hindernis des Aufschwunges des eigenen Volkes sah. Gegen das Ende seines Ministeriums hatte Taaffe mit der Unlust der Deutschen ebenso zu kämpfen, wie mit der Opposition der Jungtschechen, so daß er sich nicht länger behaupten konnte¹⁾. Als er 1893 die vom Kaiser ungerne bewilligte Entlassung erhielt, trat durch die Berufung eines Koalitionsministeriums eine Atempause ein. Schon 1895 jedoch kam Graf Badeni ans Ruder, der in die Bahnen Taaffes zurücklenkte. Der Hof wünschte die Gewinnung der Jungtschechen, weshalb das Ministerium 1897 die Sprachenverordnungen für Böhmen erließ, welche die Deutschen tief verletzten. Diese wollten es sich nicht gefallen lassen, daß auch in den rein deutschen Sprachgebieten Böhmens bei Gericht in tschechischer Sprache gegen Deutsche verhandelt werde, da diese fast insgesamt der zweiten Landessprache unkundig waren und damit auch die Rechtsicherheit bedroht sahen. Vorübergehend erreichte die Hofburg ihre Absicht, da die Jungtschechen in die slawisch-klerikale Koalition eintraten. Durch Deutschböhmen dagegen ging ein Sturm des Unwillens. Zum äußersten Widerstande entschlossen, vereitelten die deutschnationalen Gruppen des Abgeordnetenhauses durch ihre Obstruktion die Annahme jeder Regierungsvorlage, vor allem die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn. Die wilden Zusammenstöße im Parlament gipfelten darin, daß der Vizepräsident Kramarj zehn Mitglieder der Opposition ausschloß und durch die Polizei hinaus-schleppen ließ. Das war selbst den in nationalen Dingen eher gleichgültigen Wienern zu viel, drohend erhoben sich die Massen. Erschreckt über diese seit 1848 ungewohnte Erscheinung, entließ der Kaiser den

¹⁾ Aber diese Kämpfe vgl. man jetzt auch den dritten Band von E. v. Pleners „Erinnerungen“, 1921.

Grafen Badeni unter Zeichen der Ungnade. Aber noch bedurfte es zweijähriger Kämpfe, bis Franz Josef die Unmöglichkeit des slavisch-kerikalischen Kurzes einsah und 1899 in die Aufhebung der Sprachenverordnungen willigte. Von diesen Wirren an beginnt die nicht mehr abreißende Reihe der politischen und nationalen Kämpfe, die zur Auflösung des Reiches führten.

*

Koloman Tisza und das Übergewicht Ungarns

Die Uneinigkeit zwischen dem Kaiserhaus und den Deutschen Österreichs, den zwei Trägern des Reichsgedankens, bestärkte die Magyaren in dem Streben, ihre volle Unabhängigkeit zu erringen, und erfüllte sie mit steigender Geringschätzung des alternden Österreich. Indem sie verkannten, daß ihre Herrschaft in Ungarn auf dem Bunde mit der Dynastie unter Anlehnung an Österreich beruhte, glaubten sie kräftig genug zu sein, ihre Macht auch in einem völlig unabhängigen Staate der Stefanskrone zu behaupten. Deak, der Begründer des Dualismus, starb 1876, im Jahre vorher wurde Koloman von Tisza Ministerpräsident. Ursprünglich war Tisza Anhänger der bloßen Personalunion mit Österreich gewesen und bekämpfte den Ausgleich von 1867. Als sich jedoch der Dualismus einlebte, trug Tisza den geschaffenen Tatsachen Rechnung und söhnte sich mit dem Werke Deaks aus. Ehrgeiz und Wirklichkeitsinn ergänzten sich bei dieser seiner politischen Wandlung; so erreichte er, daß die Deak-Partei ihn 1876 zum Führer wählte und ihm das Staatsrudel anvertraut wurde. Doch hatte sich unter dem Wechsel seiner Parteistellung der kernmagyarische Grundzug seines Wesens nicht geändert. Seine Seele blieb von dem Streben nach dem Ausbau des ungarischen Nationalstaates erfüllt, wenn er auch das Ziel mit anderen Mitteln als früher anstrebte. Deak und Andrássy hatten ein Herz auch für das Wohl Österreichs, sie hielten das Gedeihen der Deutschen dieses Staates auch für Ungarn nützlich. Tisza stand den Dingen jenseits der Leitha gleichgültig gegenüber. Er erblickte in der Zerrüttung des westlichen Staates eher eine Stufe

zum Emporkommen Ungarns. Er erhob keinen Widerspruch gegen die den deutschen Stamm verletzende Regierungsmethode; anders als Graf Andrassy, der nicht mit seiner Überzeugung zurückhielt, die Begünstigung der Slawen durch Taaffe werde sich an der Monarchie und auch an Ungarn rächen. Dem Kaiser aber kam die Willfährigkeit Tiszas gelegen, und er ließ ihm dafür freie Hand zu verschärfter Magyarisierung und zum lückenlosen Ausbau des Adelsstaates. Unter dem Ministerium Tisza wurde 1886 die Organisation der Verwaltung beschlossen, die in den Komitaten alle Macht dem Verwaltungsausschüsse und damit dem Grundadel überantwortete, da in dieser Körperschaft die Höchstbesteuerten der Landschaft die Hälfte aller Sitze erhielten und nur die andere Hälfte aus Zensuswahlen hervorging. Eigentümlich war das Verhältnis Tiszas zur Kossuth-Partei, die den Dualismus auch weiter bekämpfte und die Unabhängigkeit des Landes anstrebte. Der Ministerpräsident bediente sich der Stürmer und Dränger zum Einschüchtern des Hofes; je heftiger sie gegen die Gemeinsamkeit der Armee wetterten, desto heller strahlte sein Verdienst um deren Erhaltung. In diesem Spiel der Kräfte erstarkte die äußerste Linke so, daß sie zuletzt Tisza selbst gefährlich wurde. Alles in allem ist er der Schöpfer des Systems, unter dem das Magyarenvolk künstlich zu einer Höhe emporstieg, von der es zuletzt hinabstürzen mußte.

*

Kroatische Zustände 1880 bis 1893

Ließ sich dieses Überspannen der Kraft noch aus dem ungarischen Nationalcharakter verstehen und erklären, so war die Behandlung Kroatiens, auf dessen Gebiete fast keine Magyaren wohnten, ganz verkehrt. Nach der Beseitigung des Banus Majuranić sollte auch Kroatien in den ungarischen Nationalstaat gezwängt werden.

Eine Probe wurde bei der, an sich unwesentlichen, Frage der Wappen und Inschriften gemacht. Gemäß dem Ausgleich zwischen den zwei Ländern hatten sich in Kroatien alle Behörden der Landessprache zu bedienen, auch die mit Ungarn gemeinsamen Ämter, von denen die Eisenbahnen, Post und Telegraph, Steuer- und Zollwesen verwaltet

wurden. Da ließ die ungarische Regierung an dem Finanzdirektionsgebäude zu Ugram auch das ungarische Wappen und eine magyarische Inschrift anbringen. Das war an sich unwesentlich, aber die Magyaren hatten aus Symbolen dieser Art, dem kaiserlichen Doppeladler und der schwarzgelben Fahne, selbst immer eine Staatsangelegenheit gemacht. Erregung zitterte durch Kroatien, Zusammenrottungen fanden statt, die verhaßten Wappen und Inschriften wurden von der Menge zerstört. Darauf ward die autonome Landesverwaltung mit einem Federstrich für einige Zeit beseitigt; statt des Banus trat der General Baron Ramberg als königlicher Kommissär an die Spitze der Regierung. Als sich die Erregung legte, erhielt das Land wieder einen Banus in der Person des Grafen Rhuen-Hederváry, eines Vetters des ungarischen Ministerpräsidenten. Graf Rhuen stammte aus einer deutschen Familie, war in Kroatien begütert, aber Ungar nach Erziehung und Gesinnung. Er regierte das Land von 1883 bis 1903 mit eiserner Strenge im Geiste und im Dienste der ungarischen Staatsidee. Er hauchte der dem Ausgleich mit Ungarn zugeneigten Nationalpartei neues Leben ein und hielt die Opposition, deren radikaler Flügel in Landtage die heftigsten Szenen hervorrief, durch Bestechung, Korruption und mit Gewalt, oder wie man sich ausdrückte, mit Hafer und Peitsche nieder¹⁾. Die Presse wurde geknebelt, das Vereins- und Versammlungsrecht mit Füßen getreten, politische Prozesse waren an der Tagesordnung. Als im Jahre 1903 dreißig kroatische Mitglieder des dalmatinischen und österreichischen Landtages eine Audienz beim Kaiser erbaten, um sich über die Einkerkelungen und über alle Willkür in Kroatien zu beklagen, ward ihnen auf Betreiben der ungarischen Regierung der Zutritt zum Herrscher versagt. In diesem Falle konnten die ungarischen Minister darauf hinweisen, daß sie die Einmischung österreichischer Abgeordneter in die inneren Angelegenheiten des ungarischen Staates nicht dulden könnten. Aber ebenso hatten sie verfahren, als die Rumänen Siebenbürgens dem Kaiser eine Denkschrift mit ihren Beschwerden überreichen wollten. Auch sie durften kein Gehör finden, den Unterzeichnern der Denkschrift wurde sogar der Pro-

¹⁾ Die zwei Hauptwerke über den Gegenstand sind R. W. Seton-Watson, „Die südslawische Frage im Habsburger Reiche“ (deutsche Übersetzung des 1911 erschienenen engl. Buches, Leipzig 1913) und L. v. Südländ, „Die südslawische Frage und der Weltkrieg“, Wien 1918. Unter dem Namen Südländ verbirgt sich der kroatische Politiker Dr. Pilar, Rechtsanwalt in Dolni Tuzla, Bosnien.

zeß wegen Hochverrates gemacht. Daß der Kaiser sich gegen seine nicht-magyarischen Untertanen ablehnend verhielt, erschütterte unter diesen die angestammte Unhänglichkeit an Thron und Reich.

Die Opposition gegen das magyarische Regiment in Kroatien setzte sich aus einer gemäßigten und einer radikalen Gruppe zusammen. Die Seele der Gemäßigten war der Bischof von Diakovar, Josef Georg Strojmayr, der sich zwar seit 1873 bis an seinen Tod — er starb 1905, 90 Jahre alt — nicht mehr in die Tagespolitik mischte, aber von seinem Volk verehrt wurde, weil er die reichen Einkünfte seines Bistums zur geistigen Hebung des Landes verwendete und als Mann hoher Bildung mit den ersten Männern Europas in reger Verbindung stand¹⁾. Die südslawische Akademie in Ugram war sein Werk, die Errichtung der Universität daselbst hatte er angeregt, sie dann ansehnlich gefördert. In der Politik leitete ihn das Gefühl mehr als der Verstand. Sein Ideal war die Vereinigung der katholischen und der orthodoxen Kirche, wodurch er den Zusammenschluß aller Südslawen zu erreichen hoffte. Dabei strebte er nicht etwa die Losreißung von Österreich an; er sagte einmal, er würde sein Leben hingeben, könnte er „den herrlichen Staat“ erhalten. So erregte er zuletzt überall Anstoß. Die serbische Regierung versagte ihm, als er ihr Land, dessen Katholiken zu seiner Diözese gehörten, besuchen wollte, den Eintritt. Da die Magyaren sich immer unduldsamer gebärdeten, wurde er ihr Gegner. Die ungarische Regierung erwiderte dies mit der Anklage, er untergrabe in Kroatien die Treue zur Dynastie; sie bestimmte den Kaiser, ihm bei seinem Besuche Kroatiens 1888 eine scharfe Rüge zu erteilen. So ließ sich der Kaiser von den Magyaren zu Schritten bestimmen, welche ihn bei den anderen Nationalitäten bloßstellten.

Die radikale Opposition, die reine Rechtspartei, scharte sich um Anton Starčević. War Strojmayr von dem Wunsche erfüllt, Serbien und Kroatien zu einigen, so ging Starčević dagegen in dem glühenden Streben nach Selbstbehauptung des kroatischen Volkes auf und verwarf die südslawische und die großserbische Idee. Selbstlos in seiner Lebensführung, gefiel er sich in politischen Phantasien: er hing dem Traume eines Großkroatien nach, welches das ganze illyrische Dreieck, von der Drau bis an die Adria und womöglich bis zum Agäischen Meere, in sich schließen sollte. Aber nicht etwa so, daß Kroaten und

¹⁾ Seton-Watson, S. 136—149, bringt eine anziehende Charakteristik Strojmayrs.

Serben zu einer Nation zu verschmelzen wären. Er haßte die Serben wie die Magyaren und er haßte auch Österreich. Er war ein kroatischer Nationalist wie Stroj Mayer, aber von ihm durch seine starre Einseitigkeit geschieden.

Die Unduldsamkeit der Starčević-Partei gegen die Serben war Wasser auf die Mühle des Grafen Rhuen. Er benutzte sie, um die Serben zur Regierungsmehrheit heranzuziehen. Ohne sie und bloß mit Hilfe seiner kroatischen Mamelucken hätte er sich nicht behaupten können. Die Serben waren ein Drittel der Bewohner Kroatiens und strebten nach einem national- und kirchlich-selbständigen Schulwesen. Das hatte ihnen noch Mažuranić versagt, um die Einheit Kroatiens nicht zerstören zu lassen. Rhuen dagegen förderte das serbische Element tunlichst, obwohl es sich zu seinem Mißbehagen immer enger an das Königreich Serbien angeschlossen. Das serbische Organ in Ugram, der *Srbo-bran*, war von Pawle Jovanović geleitet, der den Spottnamen *Dinarcic* erhielt, da er von Belgrad Unterstützung in Dinaren (Franken) bezog. Dadurch ließ sich die ungarische Regierung nicht beirren, so daß sich die Nationalitäten und Parteien Südungarns im Widerspruche zum Wohle des Reiches aufs seltsamste gruppierten¹⁾. Die Serben hielten es bis 1900 mit den Magyaren, während das kaisertreue kroatische Volk gedrückt wurde, da es sich nicht von Budapest regieren lassen wollte. In den Augen der Magyaren war es nicht die kleinste Sünde der Kroaten, daß sie noch immer auf Wien hofften, um von der ungarischen Herrschaft loszukommen. Rhuen-Hedervary selbst war der habsburgischen Monarchie ergeben, aber bei den Machthabern in Budapest handelte es sich mehr darum, den Kroaten das österreichische Gefühl herauszutreiben, als sie in der Treue zum Gesamtreiche zu bestärken.

Die Lage der Kroaten wurde dadurch besonders schwierig, daß der Kaiser sich trotz allen widrigen Erfahrungen nicht von den Magyaren trennen wollte. Er sah in dem kraftvollen Volke einen Rückhalt für sein Haus; er glaubte den Versicherungen ihrer dynastischen Treue und ließ sich auch durch die Drohung schrecken, sie würden sich bei der ersten Abirrung der Krone vollständig von Österreich lossagen. Es gab auch einen wichtigen verfassungsrechtlichen Grund für die Politik der Hofburg. Im ungarischen Abgeordnetenhaus ließ sich eine

¹⁾ Süßland-Pilar, „Die südslawische Frage“, S. 377—380, 462.

andere als die magyarische Mehrheit nicht zustande bringen, auch nicht bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Steuern und Rekruten waren nur von dieser Majorität zu bekommen; wurde sie abgestoßen, so drohten die schwersten Verfassungskämpfe. Franz Josef I. wollte seinen Königseid halten und das Land vor Zerrüttung bewahren. Das war ein beherzigenswerter Beweggrund, nur folgte daraus nicht, daß der über eine ansehnliche Machtfülle verfügende Herrscher sowohl das Abbröckeln der Gemeinsamkeit Österreich-Ungarns, wie die Mißhandlung der anderen Volksstämme Ungarns gestattete. Er ließ sich aber Zeit seines Lebens von dem zeitweilig Stärkeren einschüchtern und setzte, um der nächsten Gefahr auszuweichen, das Reich den Stürmen der Zukunft aus. Diesen Mängeln seiner Begabung zum Herrschen standen aber edle menschliche Eigenschaften, besonders reges Pflichtgefühl und nie rastende Arbeitsfreudigkeit gegenüber, so daß sein guter Wille von den Völkern der Monarchie gerne für die Tat genommen wurde. Sie räumten ein, daß bei der unermesslichen Schwierigkeit der Regierung Österreich-Ungarns Mißgriffe kaum zu vermeiden waren. Es war klar, daß er in Kroatien unter dem Einflusse Ungarns und nicht nach freiem Willen handelte. Die von den Magyaren begangenen schweren Fehler entlockten einem ihrer besten Männer, dem gemeinsamen Finanzminister Benjamin Kallay, 1903, den Stoßseufzer: „Meine Landsleute haben Kroatien schlecht behandelt, seine Entwicklung verhindert und es finanziell ausgebeutet, dafür werden sie einmal zahlen müssen.“

*

Der Kampf um die gemeinsame Armee.

Die zwei Thronfolger

Nach Aufhebung der Sprachenverordnung dauerte der Zwiespalt in Böhmen fort. Jetzt verlegten sich wieder die Tschechen auf Obstruktion, so daß die Tätigkeit des österreichischen Parlaments auch weiterhin lahmgelegt war, obwohl das Ministerium Körber (1900—1904) zwischen den Nationalitäten unparteiisch vermitteln wollte. Je ärger

es in Österreich zugeht, desto stolzer waren die Magyaren darauf, daß sie in ihrem Staat strenge auf eine geordnete parlamentarische Regierung hielten. Die neue Generation unter den Magyaren sah auf die weise Selbstbeschränkung Deak's gönnerhaft herab, und erkör sich Ludwig Kossuth zum Ideal. Nach dessen Tode (1894) kehrte sein Sohn Franz aus dem mit dem Vater geteilten langen freiwilligen Exil nach Ungarn zurück und übernahm die Führung der Kossuth-Partei, ein Mann von mäßiger Begabung, aber überaus eitel. Wohl huldigten er und die Seinigen dem greisen Könige, der den Magyaren nichts als Gutes erwiesen hatte; aber auch weiterhin forderten sie die Lösung der Gemeinsamkeit mit Österreich, die Zerschlagung der kaiserlichen Armee, ein selbständiges Zollgebiet und eine gesonderte ungarische Zettelbank. Als ersten Schritt verlangten sie die ungarische Dienst- und Kommandosprache bei den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee. Wie in Österreich, so entlud sich auch in Ungarn die Hochspannung aus einem an sich unbedeutenden Anlasse.

Im Jahre 1902 verlangte der Kriegsminister die Erhöhung des jährlichen Mannschaftserfazes um 23 000 Soldaten, vorwiegend zum Bedienen der neuangeschafften Geschütze. Das Ministerium Széll befürwortete den Antrag, die Regierungsmehrheit war einverstanden, nur die Kossuth-Partei widersprach; indessen sah ihr Großteil der Abstimmung mit Gemütsruhe entgegen. Da warf sich der Abgeordnete Ugron mit einem Fähnlein von etwa 30 Kossuthisten der Annahme entgegen und griff zu der auch in Ungarn bereits mißbrauchten Waffe der Obstruktion. Ugron war eine bemakelte Persönlichkeit, gegen den ein Betrugsprozesse schwebte; aus Furcht vor dem schlimmen Ausgange desselben setzte er als verzweifelter Spieler alles auf die Karte radikaler Opposition; drang er durch, so war er der Held der ultramagyarischen Öffentlichkeit und konnte sich dann aus seinen Geldverlegenheiten befreien. Demgemäß kündigte die äußerste Linke an, sie werde die parlamentarische Arbeit so lange hindern, bis der König, dem nach dem Gesetze die Leitung und die Organisation der Armee zustand, einwillige, die ungarische Dienst- und Kommandosprache einzuführen. Selbst Franz Kossuth mißbilligte anfangs das gewissenlose Beginnen Ugrons. Als sich aber nach wochen- und monatelanger Obstruktion unter den Magyaren die Gemüter erhitzten, war es Kossuth peinlich, im nationalen Radikalismus um etliche Pferdelängen überholt zu sein, und er schlug

sich zur äußersten Linken. Das Ministerium Széll vermochte den Sturm ebensowenig zu beschwören wie der aus Kroatien zur Staatsleitung geholté Khuen-Hederváry. Darauf berief der Kaiser und König 1904 den Grafen Stefan Tisza, um seinen Landsleuten den Kopf zurechtzusetzen. Gegen Tisza traten aber auch die Grafen Andrássy und Apponyi in Opposition; sie verbanden sich mit Kossuth zu dessen Sturze, und gleich ihnen schloß sich auch Wekerle der Forderung nach der ungarischen Kommandosprache an. Das war bei Andrássy und Wekerle ein politischer Frontwechsel schlimmer Art, da sie durch Jahrzehnte zur bestehenden Organisation der Armee gestanden hatten. Die vereinigte Opposition brachte dem Ministerium Tisza bei den Wahlen von 1905 eine Niederlage bei. Der Monarch, der aus Liebe zum Frieden, den magyarischen Adelparteien zu Gefallen, eine ganze Anzahl von Vorwürfen des Ausgleiches geräumt hatte, erklärte jetzt endlich, seine Nachgiebigkeit sei zu Ende. Denn die zum Siege vordringende, fortschreitende Unabhängigkeitspartei kündigte selbst an, die ungarische Kommandosprache sei nur der erste Schlag zur Spaltung der Armee und zur Parlamentsgewalt über sie. Damit ward aber Franz Josef ans Herz gegriffen. Wich er auch diesmal zurück, so war der Zerfall der Monarchie nicht aufzuhalten. Zum Widerstand wurde er durch den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand leidenschaftlich aufgestachelt, der dem Kaiser bestimmt in Aussicht stellte, er werde bei fortgesetzter Schwäche Österreichs gegen Ungarn seine militärischen Würden und Ämter niederlegen¹⁾. Er hielt vor niemandem mit dem Vorwurf zurück, sein kaiserlicher Oheim entwerte durch das Preisgeben wichtiger Kronrechte das von ihm verwaltete habsburgische Erbe. Also gedrängt, sah sich der Kaiser vor der Unmöglichkeit, in Ungarn ein parlamentarisches Ministerium seines Sinnes zu bilden; statt dessen übertrug er schweren Herzens die Regierung am 17. Juni 1905 dem ihm treu ergebenen General Geza von Fejérváry. Dieser machte sich unverzagt an die schwierige Aufgabe, und verwaltete das Land mit fester Hand ohne Parlament, nach Bedarf auch sonst über das Gesetz hinwegschreitend; schließlich löste er das kaum gewählte Abgeordnetenhaus auf. Bei diesem Anlasse zeigte sich, daß der Kampf der magyarischen Oberschichten mit dem Königtum, wie auch der nationale Streit, die Massen ganz kalt ließ; in den Straßen von Budapest äußerte sich beim Aus-

¹⁾ Über die Haltung Franz Ferdinands zur Ungarnfrage vgl. Aussenberg-Romarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang“, 1921 S. 93 u. a. O.

einandertreiben des Abgeordnetenhauses nicht die leiseste Teilnahme. Das hing auch damit zusammen, daß Fejérváry, darin vom Minister des Innern Kristoffy beraten, im Namen der Krone ankündigte, sie werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen. Da lenkten die Führer der herrschenden Klasse, in ihrer Machtstellung bedroht, ein und vereinbarten mit dem König einen Ausgleich. In der Armee-frage blieb nach dessen Willen alles beim alten, dafür ward die Regierung den Oppositionsparteien übertragen; Weyerle bildete am 8. April 1906 das neue Ministerium, in das Kossuth, Andrássy und Apponyi eintraten. Somit überließ die Krone, obwohl sie ihre Stärke gezeigt hatte, der magyarischen Parlamentsmehrheit wieder die politische und wirtschaftliche Ausbeutung des Landes, gleichzeitig auch die Zuchtrute über die Nationalitäten. Der Unterrichtsminister Apponyi ging noch rücksichtsloser als sein Vorgänger gegen das Volksschulwesen der Deutschen, Slawen und Rumänen vor.

Es war eine Pause im Ringen des Königtums mit dem Grundadel, der, durch das Schreckbild des allgemeinen Wahlrechts im Zaume gehalten, auf eine bessere Gelegenheit wartete, um sich zuletzt doch der Gewalt über die Armee zu bemächtigen. Damals sah der Adel nicht in den aufstrebenden Massen die größte Gefahr, sondern in dem künftigen Könige, der kein Hehl daraus machte, er werde, zum Throne gelangt, die Vorherrschaft der Magyaren mit Hilfe der Nationalitäten brechen. Erzherzog Franz Ferdinand, der Sohn des 1896 verstorbenen jüngeren Bruders des Kaisers, Karl Ludwig, war Thronfolger, da der einzige Sohn des Kaisers, Kronprinz Rudolf, am 30. Januar 1889 durch Selbstmord geendet hatte. Was sonst über das Ende Rudolfs erzählt worden ist, seine Ermordung durch einen Leibjäger oder den Oheim seiner Geliebten, Baronin Vetsera, ist eine Fabel. Wahr ist vielmehr, daß er, gemeinsam mit Marie Vetsera, freiwillig in den Tod ging. Nachdem beide in Briefen von ihren nächsten Angehörigen Abschied genommen hatten, erschöß der Kronprinz zuerst das ihm leidenschaftlich ergebene Mädchen, dann sich selbst. So endete der Fürstensohn, der, vielfach begabt, anfänglich zu schönen Hoffnungen berechtigt hatte. Später aber ergab er sich einem wüsten Leben und verzehrte im Trunk und mit Weibern seine Kraft; unfähig, sich aufzuraffen, glaubte er sich des Herrscherberufes unwürdig und fürchtete wohl auch dem Wahnsinn zu verfallen, der im Hause Wittelsbach, der Familie seiner Mutter, manches Opfer gefordert hatte. Nach der

Schuld und den Irrtümern seines Lebens, nach dem unseligen Verhältnisse zu seiner Gemahlin Stefanie von Belgien, erschien ihm die Liebe der Marie Vetsera als letzter Glückstrahl, den er gierig einsog, um dann selbst zu verlöschen. Dies die Tatsachen, die zu deuten noch viel Scharfsinn angewendet werden wird, insbesondere ob die Selbstverwüstung auf krankhafte Anlage oder auf Übermut und den Einfluß elender Höflinge zurückzuführen ist. Die Gemeinschaft des Sterbens mit dem jungen Mädchen war gewiß nur ein Begleitumstand der in tieferen Gründen wurzelnden That. Das freiwillige Scheiden des Kaisersohns aus Glanz und irdischer Größe erschien der Welt unfassbar, und da die Beweggründe sich ihr noch lange Zeit entzogen, war es begreiflich, daß die, wenige Tage nach seinem Tode erfolgte amtliche Bekanntgabe des Selbstmordes starkem Zweifel begegnete. Man hätte sich aber sagen sollen, daß dieses Ende dem Vater bei dessen Religiosität besonders furchtbar war, so daß es schon deshalb ausgeschlossen ist, er und seine Umgebung hätten gerade diesen Schleier zur Verhüllung des Geschehenen gewählt. Der Kaiser lehnte aber bei der Beratung mit dem ihm eigenen Geradsinn das Verschweigen ab, indem er sagte, er sei seinen Völkern die Wahrheit schuldig. Der nunmehrige Anwärter der Kaiserwürde, Erzherzog Franz Ferdinand, war aus härterem Stoffe; selbstwillig, ungestüm, voll großer Entwürfe, sah er seiner Thronbesteigung mit Ungeduld entgegen. Was in ihm mild und gütig war, wandte sich der Liebe zu seiner Gattin, der Gräfin Sofie Chotek, und seinen Kindern zu, denen er zärtlich zugehtan war. Aber gerade diese Ehe verhärtete ihn gegen die Außenwelt. Denn er mußte sich die ihm nicht ebenbürtige Gattin mit vieler Mühe erstreiten und dann für deren äußere Stellung immer aufs neue kämpfen. Die Sorge um seine vom Throne ausgeschlossenen Kinder drängte ihn zur genauesten Verwaltung seiner Güter; er war seinen Hinterlassen ein harter Herr, der sein Eigentum zähe zusammenhielt. Auch klagte seine Umgebung über den jähen Wechsel von Gunst und Ungnade. Auf der anderen Seite jedoch besaß er den Mut seiner Meinung, kannte sein künftiges Reich aus Reisen und stetem Verkehr; unaufhörlich arbeitete er an dem Bilde, nach welchem er als Herrscher den Staat formen wollte. So kam er zu festen Vorstellungen, und der starke Wille, mit dem er schon als Thronfolger oft den Widerstand von oben und von unten überwand, schien ihm selbst die Bürgschaft des Erfolges für sein Wirken als Herrscher. Er legte sich deshalb auch

keinen Zwang in dem Ausdruck seiner Zu- und Abneigung an, die ihn oft leidenschaftlich beherrschten. In allen diesen Dingen war er das Widerspiel seines sich an die Verhältnisse nur zu leicht anpassenden Oheims. Schon als Thronfolger war er durch seinen entwickelten Eigenthumsinn, seine Herrheit, seine Unduldsamkeit den Menschen un bequem; er wäre kein milder Herrscher geworden. Von seinem Plane steht der Grundgedanke fest: er gedachte den trotzigen Sinn der Magyaren um jeden Preis zu brechen und dafür die Südslawen an die Krone heranzuziehen, indem er sie zu einer staatlichen Gemeinschaft zusammensaßte. Das dualistische System verwarf er und setzte sich zur Aufgabe, ein Großösterreich mit der Autonomie jedes einzelnen Volksstammes aufzurichten. Überall wollte er mit fester Hand durchgreifen, auch in Böhmen, wo er beiden Nationalitäten Eigensinn vorwarf. Es mußte doch gelingen, sie zum Ausgleiche zu bestimmen. Zu diesem Zwecke zog er die Führer der beiden Parteien des Hochadels an seine Person heran, sie mit seiner Ungnade bedrohend, wenn sie wie bisher unter sich haderten und die zwei Volksstämme in ihrer Hartnäckigkeit bestärkten. Denn er lebte noch in der Vorstellung, die Völker seien von oben herab, durch die Kirche, den Adel und eine starke Armee, im Zaume zu halten. Damit würde er überall angestoßen haben, zumal da er, in bewußtem Gegensatz zu seinem Oheim, allfälligen Widerstand nicht zu beschwichtigen, sondern zu brechen für angezeigt hielt. Das deutete auf künftige Stürme, deren Beschwörung er sich zutraute — wohl mit Überschätzung seiner Kraft.

Am meisten Widerstand fand er bei den Magyaren, gegen deren Art des Regierens er Widerwillen hegte, woraus er ihnen gegenüber kein Hehl machte. Auch als das Ministerium Weyerle-Kossuth sich der bestehenden Ordnung anbequeme, versöhnte er sich nicht mit ihm und weigerte sich sogar, die Mitglieder des Ministeriums, außer bei den aus formellen Gründen nicht abzulehnenden Empfängen, zu sehen, bei denen er sich aber auf kurze, knappe Worte beschränkte. Nur einmal ließ er den Grafen Andrássy vor, um ihn mit Vorwürfen über das Treiben der Mehrheitsparteien zu überhäufen. Indessen waren deren Führer unter der Regierung Franz Josefs der Macht sicher, solange sie nur nicht an die Kommandogewalt der Krone rührten. So dauerte der Widerspruch der Regierungsmethode hüben und drüben der Leitha fort. In Osterreich fühlte sich die Krone stark, da sich die streitenden Nationalitäten gegenseitig die Wage hielten; der Kaiser ließ die Deut-

sehen seinen Unmut fühlen, in dem Glauben, sie und die Slawen im Zaume halten zu können. Jenseits der Leitha dagegen wurden die Zügel von den Führern des herrschenden Stammes straff angezogen.

*

Die großserbische Idee. Ermordung König Alexanders

Trotz diesen inneren Streitigkeiten behauptete sich Österreich-Ungarn noch als Großmacht infolge seiner Volkszahl und dank der Organisation, die ihm seit den Tagen des Prinzen Eugen von Savoyen einsichtige Herrscher und Staatsmänner geschaffen hatten. Unererschüttert war auch, wie die letzten Vorgänge in Ungarn bewiesen, das Ansehen des Herrscherhauses, die persönliche Verehrung für Kaiser Franz Josef. Diese Dämme waren jedoch schon unterwaschen, nicht zum wenigsten durch die Wogen, die von Südosten heranspülten. Serbien und Rumänien, selbständige Staaten geworden, übten auf die Stammesangehörigen in der Donaumonarchie wachsende Anziehung. Besonders seitdem die Karageorgevic den serbischen Thron bestiegen hatten, wurde Serbien für das Reich der Habsburger eine Gefahr. Nicht daß jenes Fürstengeschlecht die großserbische Idee erst ins Land gebracht hätte. Sie beschäftigte vielmehr die Geister seit dem Zeitpunkte der Einigung Deutschlands und Italiens; das kleine Piemont war das vom nationalen Ehrgeiz gewählte Vorbild. Von dem Zaren hoffte man, er werde ähnlich wie 1859 Napoleon III. dem Einigungswerk seine Waffen leihen.

Der erste Serbenvürst, der sich dem Gedanken der nationalen Erhebung in großem Stile hingab, war Michael Obrenovic. Er trat darüber ins Einvernehmen mit dem Fürsten Nikolaus von Montenegro, und war bereit, nicht bloß gegen die Türkei, sondern auch gegen Österreich-Ungarn loszuschlagen; die Aufrufe, so versichert Vladan Georgevic in seinem Buche „Die serbische Frage“, waren bereits fertig, als er mit Wissen des in der Verbannung lebenden Alexander Karageorgevic am 10. Juni 1868 ermordet wurde. Statt seines unmündigen Nachfolgers Milan Obrenovic (1868—1889) waltete im Lande eine Regentschaft; deren Haupt, Jovan Ristic, übernahm die großserbische Idee

als Erbstück; in seinen Denkwürdigkeiten kommt er immer wieder darauf zurück, daß er die Befreiung aller Serben von der türkischen und österreichischen Herrschaft nie aus den Augen verloren habe. Deshalb hielt er sich, obwohl Rußland Serbien ausnützte und auf dem Berliner Kongreß im Stiche ließ, immer zu der nordischen Macht. Folgerichtig ging er nicht auf das Angebot ein, das ihm Graf Julius Andrássy als ungarischer Ministerpräsident 1870 machte, durch einen Bund mit Österreich-Ungarn den Großteil Bosniens für Serbien zu erwerben; als Gegenleistung hätte Ristić die Neutralität Serbiens für den Fall zusagen müssen, daß Österreich-Ungarn mit irgendeiner Großmacht in Krieg gerate. Das glaubte der Regent ablehnen zu müssen, „denn“, so schrieb er erläuternd in seinen Denkwürdigkeiten, „Serbien könnte auf keinen Fall neutral bleiben, wenn Rußland jene Großmacht sein sollte“. So entschlossen also war schon Ristić, zusammen mit Rußland den Waffengang gegen Österreich-Ungarn zu wagen¹⁾.

Als Fürst Milan, mündig geworden, die Regierung selbst übernahm, wurde er von Rußland so herrisch behandelt und gedemütigt, daß er sich doch lieber an Österreich-Ungarn angeschlossen und mit der Wiener Regierung Verträge schloß, die die Geschicke seines Landes an jene der Donaumonarchie knüpften. Das war einer der Gründe seines unversöhnlichen Gegensatzes zu der radikalen Partei seines Landes. Ursprünglich standen in deren Programm neben den nationalen Forderungen auch sozialistische und anarchistische Schlagsätze, welche der Gründer der Partei, der in Zürich weilende Svetozar Marković, den Lehren und Schriften Bakunins entlehnt hatte. Als aber Nikola Pašić, nach dem frühen Tode seines Genossen, die Führung der Partei übernahm, ward alle Kraft an die nationale Einigung im Kampf gegen Österreich-Ungarn gesetzt. Allgemach wurden fast alle Gebildeten des Landes für diese Idee gewonnen, wobei es anfangs nicht an einer Gegenströmung fehlte. Der Ministerpräsident Milans, Pirothanaž, empfahl seinen Landsleuten auch nach seinem Rücktritte die Einigung durch den Anschluß an die Donaumonarchie und mit deren Hilfe anzustreben. Indessen sank infolge der Wirren innerhalb Öster-

¹⁾ So nach Leopold Mandl, „Der Mord als Mittel der Politik in Serbien“ (Österreichische Rundschau, 43. Band, S. 244). Die Arbeiten Mandls haben das Verdienst der Heranziehung serbischer und anderer slawischer Quellen. Seinen Büchern sind im folgenden die meisten Zitate slawischer Herkunft entnommen.

reich-Ungarns dessen Ansehen; zudem zeigte es sich, daß der Einfluß der Magyaren ein unübersteigliches Hindernis war, um das Haus Habsburg für die Rolle eines Schutzherrn der Südslawen zu gewinnen. Auch Pirotchanaz kam von seinen früheren Ansichten zurück und wandte sich 1893 öffentlich gegen Österreich-Ungarn¹⁾.

Unterdessen hatte der 1882 zum König ausgerufenen Milan 1889 die Krone niedergelegt, da der Streit mit der radikalen Partei ihm das Regieren fast unmöglich machte. Solange jedoch Milans Einfluß auf seinen Sohn und Nachfolger, Alexander, vorwaltete, blieb das amtliche Serbien in erträglichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn. Um aber Alexander I. von seinem Vater abzuziehen, gewährte der Zar der unseligen Ehe, die der junge König mit der Ingenieurswitwe Draga Maschin schließen wollte, seine Förderung; Milan hatte sich unbedingt gegen die Wahl Alexanders ausgesprochen. Er sah das über das Haus Obrenović hereinbrechende Verderben voraus. Die Tragödie trat ein, als die Radikalen sich von dem Königspaare abwandten. Persönliche Momente kamen hinzu, die Verschwörer in ihrem Unternehmen zu bestärken, das auf die Beseitigung der Dynastie abzielte. Nachdem die Verhandlungen mit dem im Auslande lebenden, mittellosen Peter Karageorgević zum Abschlusse gebracht waren, erfolgte in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni 1903 die Bluttat, der Alexander und seine Frau zum Opfer fielen.

Der neue König, mäßig begabt und ohne eigenen Willen, halb-fremd in seinem Lande, umgeben von Abenteurern, die ihm aus der Verbannung gefolgt waren, blieb vollständig von den Radikalen abhängig. Die Blutschuld, durch die er auf den Thron gekommen, lastete auf seinem Hause und ließ ihm nur die Wahl zwischen den zwei Flügeln der radikalen Partei, die in der äußeren Politik dasselbe Ziel verfolgten. Im Jahre nach seiner Rückkehr unterbreitete ihm Pašić darüber ein Programm, das, von Todfeindschaft gegen Österreich-Ungarn eingegeben, folgerichtig und weitausblickend die Mittel des Kampfes zusammenfaßte²⁾. Darin waren folgende Punkte enthalten:

¹⁾ Noch 1900 empfahl der spätere Minister Milovanović, der Gründer des Balkanbundes, in einem anonymen Aufsätze der Wiener „Fackel“, 38. Heft, den Anschluß Serbiens an die Nachbarmacht.

²⁾ Der Weg, auf dem dieses Programm öffentlich bekannt wurde, ist für serbische Verhältnisse bezeichnend. Kurz nach der Überreichung des „Nationalprogramms“ an den König trat zwischen ihm und Pašić eine arge Verstimmung ein, weil dieser die Forderung

1. Bündnis mit Montenegro. Der Fürst muß sich verpflichten, eine gemeinsame, von Belgrad aus geleitete auswärtige Politik zu machen.

2. Verständigung mit Bulgarien über Mazedonien und Altserbien. Abschluß einer Zollunion behufs Erweiterung des serbischen Wirtschaftsgebietes.

3. Wirtschaftliche Emanzipation von den österreichisch-ungarischen Märkten; zielbewußte Förderung der handelspolitischen Interessen der Westmächte, Rußlands und Italiens, in Serbien; das beste Mittel, die großserbische Idee in Europa populär zu machen.

4. Förderung der Koalitionsidee der kleinen serbischen und serbenfreundlichen Parteien in Kroatien behufs Unterstützung der ungarischen Unabhängigkeitspartei in ihrem Kampfe gegen Krone und Dualismus.

5. Agitation in Bosnien für den Anschluß an Serbien. Diskreditierung der dortigen österreichisch-ungarischen Verwaltung durch systematische publizistische Propaganda und Nahrung der Unzufriedenheit der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina.

Genau nach diesem Programm wurde vorgegangen. Wenn die serbische Regierung sich auch zunächst in ihren amtlichen Maßnahmen Zwang auferlegen mußte, um nicht den offenen Bruch mit der benachbarten Großmacht herbeizuführen, so ließ sie es doch in ihrer Presse und den von ihr veranlaßten französischen, italienischen und russischen Schriften, nicht an Herausforderungen Österreich-Ungarns fehlen. Was Peter I. und seinen Ministern noch ein Wagnis schien, darüber ließ sich der Erstgeborene des Königs, Prinz Georg, ohne Hehl vernehmen. „Wenn wir genötigt sind,“ so sagte er 1904 zu einem Österreicher, „auch wegen Bosnien den Krieg zu erklären, werden die slawischen Regimenter nicht gegen uns marschieren und eure serbischen Regimenter

Peters nach Übernahme seiner Schulden durch den Staat und nach einem Jahresgehälter für seine Söhne nicht erfüllte. Pasić mußte mit den Ultraliberalen vom Amte zurücktreten und machte einem jungradikalen Ministerium Platz. Um Pasić bloßzustellen, übergab der Privatsekretär des Königs, Balugdsić, das Nationalprogramm im Winter 1905 auf 1906 dem Schriftsteller L. Mandl, der davon in der Presse Gebrauch machte. So Mandl in seinen Schriften „Österreich-Ungarn und Serbien“, S. 13—18, und „Die Habsburger und die südslawische Frage“, S. 62; Angaben, die, soweit sie ihn selbst betreffen, zuverlässig sind. Sollte nun auch Balugdsić es mit der Wahrheit nicht genau genommen haben, so ist das Schriftstück doch bemerkenswert, weil es aus der Umgebung König Peters stammt und genau die Maßnahmen aufzählt, die in dem darauffolgenden Jahrzehnt tatsächlich von der serbischen Regierung ergriffen worden sind.

werden zu uns übergehen. Bosnien gehört uns¹⁾." Nach einigen Jahren, zur Zeit der Annexion Bosniens, sprach auch aus den führenden Männern des Landes Todfeindschaft gegen die Donaumonarchie. Stefan Protic, kurz darauf Minister, sagte am 3. Januar 1909 in der Nationalversammlung: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn, zwischen den Balkanstaaten und der Monarchie kann es nur dann einen Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen²⁾.“

Noch offener sprach der serbische Gesandte in London Mijatović in seinem 1908 erschienenen Werke „Serbia and the Serbians“ von den Zielen der maßgebenden Parteien seines Landes. „In der äußeren Politik rühmen sich alle drei Parteien, daß sie für die Verwirklichung des Nationalprogrammes wirken, nämlich für die Befreiung aller serbischen Provinzen von fremden Regierungen — Türkei, Österreich — und ihre Vereinigung in ein unabhängiges Königreich oder in eine Republik.“ Die Offenheit, mit der diese Ziele, zu denen Serbien nur durch Ströme von Blut der europäischen Menschheit gelangen konnte, vor aller Welt aufgestellt wurden, war geboten, weil es galt, die Volksgenossen in Bosnien, Kroatien, Südungarn zu Hilfe zu rufen und den russischen Panlawisten immer aufs neue Bürgschaften für Serbiens Treue zu den gleichen Idealen zu bieten³⁾. In der Klarheit eines gefaßten Vorsatzes, in der an seine Erfüllung gesetzten Leidenschaft liegt auch für die Außenwelt etwas Zwingendes; der selbstgewisse Glaube ist eine Kraft, auch abgesehen von den zu Gebote stehenden eigenen Machtmitteln. Diese waren gering, um so größer die Hilfe, die sich seit 1907 in dem Dreiverband der europäischen Randnationen bot. Rußland war zwar militärisch geschwächt, aber seine Bundesgenossen verfügten über Geld und Waffen. Mit diesem Zeitpunkte hebt die offene Arbeit für ein Großserbien der Zukunft eigentlich an; genau zu dieser Frist schloß Eduard VII. auch seinen diplomatischen Feldzug

1) V. Mandl, „Österreich-Ungarn und Serbien“, S. 19.

2) Nach Südländ-Pilar, S. 578.

3) Die oben angeführten Daten, die großserbische Bewegung betreffend, mußten Seton-Watson bekannt sein, als er sein Werk, „Die südslawische Frage im Habsburger Reich“ 1911 in englischer, 1913 in deutscher Sprache veröffentlichte; sie sind aber darin mit Stillschweigen übergangen, da er glaubhaft machen will, daß Serbien sich der Donaumonarchie gegenüber einwandfrei benommen, die österreichisch-ungarische Regierung dagegen an der Verbitterung des Verhältnisses alle Schuld getragen habe.

gegen die Belgrader Königsmörder. Die auf die Einkreisung der Mittelmächte zielende Politik Englands machte den Anschluß Serbiens wünschenswert¹⁾.

Die Leidenschaft, mit der alle Parteien Serbiens sich einem weit-ausschauenden Gedanken widmeten, übte auch auf die Kroaten und die Bosnier ihre Wirkung. Wehrte sich Österreich-Ungarn, was sein Recht und seine Pflicht war, gegen die großserbischen Anschläge, so wurde es vor Europa angeklagt, es unterdrücke das kleine Nachbarvolk und stehe damit im Dienste des vom Drange nach dem Osten beseelten Germanentums. Diese Schmerzensschreie über die von Wien aus drohende Gewalt, diese zeitweiligen Versicherungen der Harmlosigkeit der Belgrader Regierung verwandelten sich aber seit dem Weltkriege in Töne des Triumphes, daß es den Serben gelungen sei, den ihrer Freiheit und Einigung geltenden Weltkrieg zu entfesseln. So nahm der serbische Konsul in Odessa, Marko Zernović, für die Seinigen den Ruhm in Anspruch, den Weltkrieg entzündet zu haben, was in seiner 1915 mit Erlaubnis der russischen Zensur erschienenen Schrift zu lesen ist: „Vom Jahre 1908 bis 1914 hat der hilflose, kleine slawische Staat es gewagt, an dem schwerbewaffneten europäischen Frieden zu rütteln. Die Südslawen hörten nicht auf, den Ungarn und den Deutschen zuzurufen: ‚Wir fürchten uns nicht vor euch, denn hinter uns steht Serbien, hinter Serbien Rußland und seine Freunde!‘ Die Südslawen haben das kleine Serbien in den Krieg mit Österreich-Ungarn gezwungen, indem sie den Vorfall in Sarajewo herbeiführten. Die Schüsse in Sarajewo setzten die ganze Welt in Brand²⁾.“ Die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand haben, wie sie selbst eingestanden, ihre Tat in der Absicht vollbracht, ihr Volk und weiter auch Europa zum Kampfe für die Einigung des serbischen Volkes aufzurufen, und sie erreichten auch über Verbrechen und Kriegsgreuel ihren Zweck.

¹⁾ Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, II. Band, S. 157 ff.

²⁾ So in der russisch geschriebenen Kampfschrift: „Der Friede und die internationale Gleichberechtigung“, Odessa 1915.

Zollkrieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien

Die Schuld der österreichisch-ungarischen Regierung besteht nicht darin, daß sie den Anschlägen Serbiens auf ihr Gebiet nach Kräften entgegentrat und es 1914 für den Mord an Erzherzog Franz Ferdinand zur Verantwortung zog, sondern in der fehlerhaften Behandlung der eigenen Südslawen wie in den Mißgriffen ihrer Handelspolitik.

Die Feindseligkeiten begannen damit, daß die Radikalen, sobald Serbien in Folge der Heirat des Königs Alexander den Rückhalt an Rußland besaß, die österreichische Industrie vollständig von allen Staatslieferungen ausschlossen. Das war für die Donaumonarchie ebenso demütigend wie wirtschaftlich nachteilig. Unmittelbar nach der Thronbesteigung Peters folgte ein zweiter Schlag: Serbien schloß 1904 mit Bulgarien einen Vertrag zur Vorbereitung einer Zollunion der zwei Länder, deren Zustandekommen die handelspolitische Absperrung Österreich-Ungarns von der Balkanhalbinsel zur Folge gehabt hätte. Der Einspruch der Donaumonarchie war in der Rechtslage begründet, da sie einen Handelsvertrag mit Bulgarien besaß, nach dem ihr die Meistbegünstigung eingeräumt war. Sie trat so entschieden auf, daß das bulgarisch-serbische Handelsabkommen gelöst werden mußte. In diesem Falle konnte jeder der Teile behaupten, daß er so handelte, wie ihm die Rücksicht auf die Volkswirtschaft seines Landes vorschrieb, ohne daß ihm die Absicht der Schädigung des anderen Staates nachgewiesen werden konnte.

Anders stand es mit der seit 1906 von Österreich-Ungarn befolgten Zollpolitik. Bis dahin waren die Handelsverbindungen zwischen dem Donaureiche und Serbien sehr rege. Von der Gesamtausfuhr Serbiens gingen 90 vom Hundert nach Österreich-Ungarn, und das Königreich bezog 60 Prozent aller seiner Einfuhren aus dem nördlichen Nachbarreiche. Serbien setzte Rinder, Schweine und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ab und empfing dafür Industrieprodukte. Der Austausch war für beide Teile gewinnreich. Die Klugheit hätte es Österreich-Ungarn gebieten sollen, die Verbindungen immer enger zu knüpfen, womöglich die Zollunion mit Serbien anzubahnen. Dazu hatte

schon Andrássy die Anregung gegeben, aber der Plan war von Ristić durchkreuzt worden, der sein Land nicht in den Bannkreis Mitteleuropas ziehen lassen wollte. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Österreich-Ungarn der Einfluß der großen Grundbesitzer, zumal der ungarischen, immer mächtiger, die, um die Fleischpreise hochzuhalten, den Ausschluß serbischen Viehs von der Einfuhr verlangten. Sie setzten durch, daß der frühere am 1. März 1906 ablaufende Handelsvertrag nicht mehr erneuert wurde. Unter dem Vorgeben, es müsse das Einschleppen der Viehseuche verhindert werden, wurde die Einfuhr serbischer Rinder und Schweine vollständig verboten; daß dies bloß ein Vorwand war, ging daraus hervor, daß auch das Fleisch geschlachteter Tiere nicht über die Grenze gelassen wurde. Serbien antwortete mit Sperrmaßnahmen gegen die österreichische Industrie. Diese litt unter dem Handelskriege ebensosehr wie die serbische Landwirtschaft, wie aus den Ziffern des Zwischenverkehrs hervorgeht. Der österreichische Import sank 1909 auf 24,4 der Gesamteinfuhr Serbiens, der serbische Export im Jahre 1907 auf 16 Prozent seiner früheren Ausfuhr. Die österreichische Industrie wurde von der deutschen, französischen, englischen und italienischen fast ganz verdrängt, bis 1911 eine Art Waffenstillstand im Zollkriege erfolgte¹⁾. Den Gewinn hatten die Viehmäster Österreich-Ungarns, die der städtischen Bevölkerung das Fleisch teurer lieferten. Die anfängliche Befürchtung Serbiens, sein Viehstand werde unheilbaren Schaden nehmen, bewahrheitete sich nicht, da französische Kapitalisten dem Lande das Geld zum Baue eines großartigen Schlachthauses in Belgrad vorstreckten, in welchem das Fleisch zur Massenausfuhr hergerichtet wurde, die zum guten Teile über Saloniki ging. Während der Zeit des Übergangs empfand der serbische Bauer jedoch die Unterbindung seines Absatzes schwer und grollte darob Österreich-Ungarn. Die tiefe Abneigung gegen die Nachbarmonarchie drang von der national-gesinnten Ober- und Intelligenzschicht bis in die Volkskreise, die der Politik sonst kühl gegenüberstanden. Es ist zwar unrichtig, die wirtschaftliche Gegnerschaft als die Ursache des späteren kriegerischen Zusammenstoßes hinzustellen. Das Ursprüngliche, auch der Zeit nach Frühere, war das Streben nach Ausdehnung Serbiens, war das Vorwalten der großserbischen Idee. Der

¹⁾ Über diese Verhältnisse unterrichtet übersichtlich der Aufsatz des früheren österreichischen Handelsministers Josef Várnreither: „Unsere Handelsbeziehungen zu Serbien“ in der „Österreichischen Rundschau“, vom 1. und 15. Oktober 1911.

Gegensatz wurde jedoch durch den Zollkrieg verschärft; der 1911 erfolgende handelspolitische Ausgleich änderte nichts an dem unverföhnlichen Hass gegen die Donaumonarchie.

*

Verhältnis der Kroaten zu den Serben

Serbokroaten gab es im Jahre 1911 im ganzen 9 200 000, zu denen sich auch die 1 400 000 Slowenen zählten, obwohl diese eine eigene Schriftsprache besitzen¹⁾. Zu den Serbokroaten allein zählte man die 2 600 000 Bewohner Serbiens und die 300 000 Montenegriner, dann die 400 000 Seelen in der Türkei, während Österreich-Ungarn nicht weniger als 5 900 000 Angehörige dieses Volkes in sich schloß. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hatte bis zum Balkankriege von 1913 mehr südslawische Untertanen als Serbien und Bulgarien zusammengenommen. Die Angehörigen des Volkes lebten in fünf Staatsgebieten (Österreich, Ungarn, Bosnien, Serbien und Montenegro), eine Zersplitterung, die unter ihnen tiefes Mißbehagen hervorrief.

In der habsburgischen Monarchie teilten sich die Serbokroaten in 3 150 000 katholische Kroaten, 2 100 000 orthodoxe Serben und in die 650 000 Mohammedaner Bosniens, welche letztere von dem einen wie dem anderen Volksstamme für sich in Anspruch genommen wurden. Infolge dieser Scheidung beherrschte das Verhältnis zwischen Kroaten und Serben die politische und geistige Entwicklung der Südslawen. So wird es wohl auch in Zukunft bleiben; schon in dem Namen „der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen“, den sich das neugebildete Gemeinwesen 1918 gab, liegt die Anerkennung der Tatsache, daß nicht bloß die Slowenen, sondern auch die Kroaten sich wesentlich von den Serben unterscheiden.

Wie bei den verwickelten Umständen begreiflich, haben die Stimmungen unter den Stammesgenossen vielfach gewechselt. In früherer Zeit, als noch vorwiegend das religiöse Bekenntnis das Seelenleben

¹⁾ Die Ziffern nach Seton-Watson l. c. S. 1.

der Menschen bestimmte, unterlag es keinem Zweifel, daß die Kroaten als Katholiken und die Serben als Orthodoxe zwei verschiedene Völker seien. Sie waren es auch wirklich, wie aus ihrer ganzen Geschichte hervorgeht; die Kroaten gehörten der abendländischen, die Serben der byzantinisch-türkischen Welt an. Daher die Verschiedenheit ihrer Schrift, die bei den einen die lateinische, bei den anderen die cyrillische ist. Die Kroaten verwendeten für ihre spärlichen literarischen Erzeugnisse die um Ugram gesprochene Mundart, welche die Kaj-Sprache (Kaj-kabstina) heißt, weil der Ausdruck für „was“ darin „kaj“ lautet. Dagegen bedienten sich die Serben für solche Zwecke des Kirchenslawischen, also der von den Slawenaposteln Cyrill und Method im 9. Jahrhundert geformten Sprache, in welche sie die Bibel übersetzten. Infolgedessen war die Literatursprache der Serben die gleiche wie die der Russen, die für schriftliche Mitteilungen erst im 18. Jahrhundert vom Kirchenslawischen zu ihrer Volkssprache übergingen. Daher auch die enge Beziehung der orthodoxen Südslawen zu Rußland, woher sie ihre religiösen Druckwerke, Bibeln und Gebetbücher, bezogen.

Die Kluft zwischen Serben und Kroaten wurde dadurch überbrückt, daß der Erneuerer des serbischen Schrifttums, Vuk Karadžić (1787 bis 1864) es wagte, statt des unverständlichen, veralteten Kirchenslawischen die lebendige und volltönende Volkssprache nicht bloß in seinen Büchern, sondern auch in seiner Bibelübersetzung zu gebrauchen. Ihm, dem hochverdienten Sammler der schönen serbischen Volkslieder, lag es nahe, hierzu den in der Herzegowina herrschenden Dialekt zu wählen, wo der Born des Volksliedes am reinsten und reichsten quoll. Darob Entrüstung in der Geistlichkeit und in den konservativen Kreisen, die in dem Abweichen vom Kirchenslawischen eine Keterei sahen; indessen drang Karadžić nach langem Kampfe durch und erlebte, von seinem Volke als Bahnbrecher gefeiert, noch den Sieg.

Etwas später erhoben sich die Kroaten aus ihrem geistigen Pflanzendasein zu bewußtem Nationalgefühl. Ljudewit Gaj (1809 bis 1872) war der Führer, der von einem anderen Ausgangspunkte zu demselben Ziele wie Karadžić gelangte. Bei den Kroaten mußte nicht erst die Volkssprache zu ihrem Rechte kommen, wohl aber hatten er und seine Genossen sich zu entscheiden, ob sie beim Ugramer Dialekt bleiben oder sich mit den Serben vereinigen wollten. Sie wählten das letztere in der Art, daß sie sich die Dichterschule zum Vorbild nahmen, die im 16. und 17. Jahrhunderte in Ragusa geblüht hatte. Damals entfaltete sich

in der tapferen, sich selbst regierenden Handelsrepublik unter Anlehnung an die italienische Renaissance ein achtungswertes literarisches Leben. In dieser Sprache schrieb Gaj seine Zeitung, dichteten Mažuranić und Preradović ihre begeistert aufgenommenen Gesänge. Dieser sprachliche Ausdruck deckte sich mit den von Karadžić für die Serben erkorenen, und damit fing das Ineinanderwachsen der zwei Stämme an. Denn nun besaßen sie dieselbe Schriftsprache, in der das deutsche Wort „was“ „sto“ lautet, weshalb die darin übereinstimmenden Dialekte die der Stokawština genannt wurden. Die Stosprache überwand also bei den Kroaten die Kajsprache, während die Slowenen diese letztere ausbildeten und sich ihrer für ihr Schrifttum bedienten. Dieser Entschluß der Slowenen war deshalb sachgemäß, weil sie eine Literatursprache ablehnten, die ihr Landvolk fremd angemutet hätte.

Nun hatten sich Serben und Kroaten zwar genähert, indessen machte sich von vornherein ein neuer bedeutsamer Unterschied zwischen ihnen bemerkbar. Die ersteren traten sofort imperialistisch auf und ließen bloß ihr Volkstum gelten; die Kroaten sollten, ob sie wollten oder nicht, darin aufgehen. Schon Karadžić äußerte sich folgendermaßen: „Den Serben römischen Glaubens ist es schwer, sich Serben zu nennen, aber sie werden sich allmählich daran gewöhnen, denn wenn sie nicht Serben sein wollen, so haben sie dann überhaupt keinen nationalen Namen¹⁾.“ Er sprach also den Kroaten sogar ihren Volksnamen ab. Der Kroat Gaj dagegen suchte nach einer die beiden Stämme umfassenden Einheit und wählte für sie den gemeinschaftlichen Namen Illyrier, weil man damals glaubte, von diesem, von den Römern nach harten Kämpfen unterworfenen Volke, stammten sowohl Serben wie Kroaten ab. Erst später vertauschten die Männer der kroatischen Bewegung den volksfremden Namen Illyrier mit dem der Serbokroaten und unter dieser Flagge zogen Kroaten und Serben 1848 in den Kampf gegen die Magyaren.

Die selbstbewußten Serben hatten eine Stütze an ihrer nationalen Kirche und verfolgten von Anfang an eine bestimmte Richtung, während die Kroaten über den einzuschlagenden Weg uneinig waren. Es ist uns bereits bekannt, wie weit die Ansichten Strojmayers und Starčević auseinander gingen. Der Bischof von Diakovar trat in die Fußtapfen der Illyrier, zog aber für die Seinigen den Namen Süd-

¹⁾ So nach L. v. Südlund, „Die südslawische Frage und der Weltkrieg“, S. 360, vgl. auch S. 547.

slawen jedem anderen vor, da er in seinem weitausgreifenden Streben neben Kroaten und Serben auch die Bulgaren in die kirchliche und nationale Einigung einbeziehen wollte. Allen drei Völkern widmete er die von ihm in Ugram gegründete südslawische Akademie als geistige Heimstätte. Dem trat Anton Starčević entgegen, dessen Inneres sich gegen den Gedanken aufbäumte, sein geliebtes kroatisches Volk könnte sich aufgeben und im südslawischen oder gar im serbischen Strom untertauchen. Er kämpfte dagegen mit einer bis zur Wildheit gesteigerten Leidenschaft, und da er alle Volkstriebte wahllos zum Kampfe aufrief, fand er einen ihm bis zum äußersten folgenden Anhang. Dieser Zwiespalt unter den Kroaten war ihre Schwäche. Unter dessen drangen die Serben mit einer durch nichts beirrten Siegeszuversicht vor und überflügelten selbst in Kroatien ihre Stammesverwandten durch ihre Rührigkeit auch im wirtschaftlichen Leben. Wenn es zweckmäßig schien, steckten sie wohl auch Leimruten aus, sonst aber gossen sie über das Brudervolk ihren Spott aus. So schrieb der Führer der bosnischen Serben, Nikola Stojanović, folgendes: „Die Kroaten sind weder ein Stamm, noch ein Volk. Sie befinden sich im Übergangsstadium vom Stamm in eine Nation, aber ohne Hoffnung, jemals eine Nation zu werden. Ihr Herumirren im 19. Jahrhundert vom Gajischen Illyrismus zu Strojmayers Südslawentum und Starčević' Kroatentum beweist dies am besten¹⁾.“ Die anmaßenden Auffätze desselben Schriftstellers waren der Anstoß, daß 1903 in Ugram Zusammenrottungen und Gewalttaten gegen die Serben stattfanden, eine Wiederholung früherer Ausschreitungen. Noch 1917 brach einer der geistig höchststehenden Kroaten in die Klage aus: „Der Kern der südslawischen Frage ist, daß das Serbentum sich zu einer scharf imperialistischen, ebenso konfessionellen als nationalpolitischen Bestrebung entwickelt hat, welche alle übrigen südslawischen Völker unterjochen, aufsaugen und auf den Trümmern umgebender Staaten seine eigene Größe aufrichten will²⁾.“ So schwankten die Gefühle unter den Südslawen zwischen Liebe und Haß.

¹⁾ Südland-Pilar, S. 627.

²⁾ Südland-Pilar, S. 401. Pilar gehört zu den kroatischen Politikern, welche die südslawische Frage im Rahmen des Habsburgerreiches lösen wollten; er stand auf dem Boden der Rechtspartei. Er war von tiefer Abneigung gegen die großserbischen Bestrebungen erfüllt. Nach seiner Ansicht sind die serbische Kirche und das serbische Volk die Erben und Verwahrer der byzantinischen Kirchen- und Staatstraditionen. Das Bindeglied zwischen der

Die serbisch-kroatische Koalition und ihre Gegner

Indessen blähten diese Gegensätze gegen Ende des 19. Jahrhunderts ab. Denn mit steigender Bildung trat der konfessionelle Unterschied zwischen Kroaten und Serben zurück, es stärkte sich das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Zeit arbeitete für die Ideen Karadžić, Gajs, Stroßmayers. Je härter das ungarische Regiment Rhuens auf Kroatien lastete, desto mehr Anknüpfungspunkte fanden sich zwischen den bedrängten Kroaten und den Serben des Landes; letztere erstarkten innerlich so, daß sie nicht mehr der Hilfe der ungarischen Regierung bedurften, sondern sich unabhängig von ihr zusammen taten. Dazu kam ein Zwischenfall. Im Jahre 1895 wurde eine Anzahl Studenten von der Ugramer Universität verwiesen, weil sie öffentlich eine ungarische Fahne verbrannt hatten; sie zogen nach Prag und scharten sich um Masaryk, der auf sie im Sinne der Vereinigung der Serben und der Kroaten einwirkte.

Diese Entwicklung wurde durch den fortschreitenden Niedergang der österreichisch-ungarischen Monarchie beschleunigt. Immer brannte den Südslawen der Undank Österreichs nach 1848 auf der Seele. Das Gefühl erlittenen Unrechtes verstärkte sich unter dem Banus Rhuens-Hederváry. Unmöglich, so sagten sie sich, könnten die Magyaren solches wagen, wenn nicht die Hofburg auf ihrer Seite stünde; wo aber die treibende Kraft und wo das Werkzeug zu suchen sei, lasse sich schwer unterscheiden. Ubrigens hätten die Südslawen den Magyaren nichts zuliebe getan, diese seien also auch nicht wie die Hofburg zu Danke verpflichtet. Zudem fand Ungarn infolge der ihm innewohnenden Kraft Nachahmer, selbst Bewunderer, während das sinkende Österreich kaum Mitleid erweckte. Als zu allem Ungemach noch der Streit um die Armee ausbrach, zündete in einem Teile der Kroaten der Gedanke,

alten und der neuen Zeit sei das orthodoxe Patriarchat von Spet in Altserbien gewesen, das, von der türkischen Regierung 1557 errichtet, den Nordwesten des osmanischen Reiches einschließlich derjenigen Teile Ungarns umfaßte, die damals unter türkischer Herrschaft standen. Dieses einheitsliche, von den Türken gestützte Kirchentum flößte den Serben das Machtgefühl ein, das den Kroaten verderblich geworden sei. Pilars Buch ist eine Fundgrube von Tatsachen, in deren Vorführung er sorgfältig zu Werke geht.

es ließe sich ein Bund mit der ungarischen Opposition gegen das Haus Habsburg schließen, um dem Lande die staatliche Unabhängigkeit zu erringen. Dazwischen trat in Kroatien ein Regierungswechsel ein, da Rhuen-Hedervary 1903 das Amt des Banus niederlegte, um ungarischer Ministerpräsident zu werden. Er benützte gerne die Gelegenheit, um den heißen Boden Agrams zu verlassen; Graf Theodor Pejacevic, ein kroatischer Großgrundbesitzer, wurde sein Nachfolger. In Agram freute man sich über die Fortschritte der Kossuthisten, dieser Erlöser von der Rhuenschen Bedrängnis. In dieser Stimmung beschloß eine Gruppe des kroatischen Landtages, sich der magyarischen Opposition an den Hals zu werfen, um gemeinsam mit ihr einen frischen, fröhlichen Krieg gegen Habsburg und Österreich zu beginnen. Die so vorgehen, hätten sich sagen sollen, daß die Kossuthpartei, deren Nationalgefühl stürmischer war, als das eines Tisza und Rhuen, um so weniger geneigt sein werde, Kroatien freizugeben und außerdem noch durch Dalmatien zu vergrößern. Dieser nüchterne Einwand machte jedoch auf die neuesten Ungarnschwärmer keinen Eindruck. Die Kossuthpartei, in einen schweren Kampf mit der Krone verwickelt, ließ sich die frischen Hilfsstruppen gerne gefallen und ging zum Schein auf das Bündnis ein. Sie beteuerte, die Kroaten hätten nur unter dem Drucke der ungarischen Regierungspartei, nur durch Tisza, Vater und Sohn, und deren Genossen gelitten, während die freiheitsliebende Gefolgschaft Kossuths den Südslawen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Was Dalmatien betrifft, so wurde es als Lockspeise an langem Stiel hingehalten, wenn man es nur einmal von Österreich losgelöst hatte. Die kroatischen Ungarnfreunde jubelten mit den Kossuthisten, als die von Stefan Tisza geführte Reichstagsmehrheit im Januar 1905 bei den Wahlen unterlag.

Das Siegel wurde auf das Bündnis in einer Versammlung kroatischer Abgeordneter gesetzt, die sich aus dem dreieinigen Königreich (Kroatien, Slawonien und Dalmatien) in Fiume zusammensanden; die Fiumaner Resolution vom 3. Oktober 1905 bildet einen Einschnitt in der politischen Entwicklung der Südslawen. Das Schriftstück beginnt mit einem Lobgesang auf Ungarn und dessen Streben nach vollständiger Selbständigkeit; es sei Pflicht der kroatischen Abgeordneten, an der Seite der ungarischen Nation für die Befreiung von Österreich zu kämpfen. Dann werden alle die konstitutionellen Rechte und Freiheiten aufgezählt, die Kroatien auf diesem Wege zu erringen hoffte.

Ähnlich, nur noch feindseliger gegen Österreich, lautete der Beschluß von 26 serbischen Abgeordneten, die zwei Wochen darnach in Zara tagten. Dann traten Kroaten und Serben am 14. November 1905 gemeinsam zusammen und gaben die Erklärung ab, sie seien ein Volk, das mit dem einen oder dem anderen Namen bezeichnet werden könne¹⁾.

Führer der Bewegung waren Franz Supilo, Herausgeber des „*Novi List*“ in Fiume, und Trumbić, ehemals Bürgermeister von Spalato in Dalmatien. Diese zwei Männer haben ihre Österreich-Ungarn feindliche Wirksamkeit damit gekrönt, daß sie zu Beginn des Weltkrieges ins Ausland flüchteten, um in Paris und London auf den Untergang der Monarchie hinzuarbeiten; ihre Unterschriften stehen unter den Aufrufen zu ihrer Zertrümmerung, wie zur Desertion der serbokroatischen Truppen.

Nicht alle ihre Genossen handelten gleich folgerichtig. Manche von ihnen waren anfangs nicht gerade zum Abfall bereit; mancher glaubte mit der Fiumaner Resolution nur einen Schreckschuß abzufeuern, um die Lenker der Monarchie zur Umkehr zu bestimmen; andere hielten sich noch die Wege sowohl nach Wien wie nach Belgrad offen. Daß die Bewegung zuletzt zum Verrat an Österreich führen müsse, konnte nur beschränkten Köpfen oder halbschlächtigen politischen Menschenkindern entgehen.

Das Bündnis einer ansehnlichen Gruppe von Südslawen mit der ungarischen Unabhängigkeitspartei war für Österreich so schlimm wie eine verlorene Schlacht. Das Verhängnis schritt weiter, da Rossuth im Verlaufe des Kampfes sogar mit Serbien anknüpfte und in einem

¹⁾ Alle diese Beschlüsse finden sich übersetzt bei Südländ-Pilar, S. 647—652. Er macht darauf aufmerksam, daß die von Seton-Watson, S. 514—519, gebrachte Übersetzung ungenau ist. Stellenweise gehe darin der eigentliche Sinn verloren, auch seien die der Monarchie feindlichen Stellen ausgelassen und abgeschwächt. Eben deshalb fehle in der Übersetzung Seton-Watsons der dritte Absatz der Fiumaner Resolution. (Andere Richtigstellungen zu dessen Buche bringt Südländ-Pilar, S. 459, 568—572, 588, 638, 661, 666, wobei er die guten Seiten des Werkes rückhaltlos anerkennt.) Seton-Watson schreibt mit der Absicht, zu beweisen, daß die Partei der Fiumaner Resolution gegenüber Österreich-Ungarn völlig loyal war und von dessen Regierung ungerecht verfolgt wurde. Seine Darstellung ist etwa bis 1900 unbefangen und bringt trotz manchen Irrtümern vielfache Belehrung. Dagegen ist das Werk von der Fiumaner Resolution an, also in der größeren Hälfte, eine Parteischrift und wegen des Verschweigens oder Umbiegens wichtiger Tatsachen nicht als Geschichtsquelle zu gebrauchen.

nach Belgrad gerichteten Telegramm zum gemeinsamen Vorgehen gegen Wien aufforderte. Eine Schar von Männern der Unabhängigkeitspartei zog nach der Hauptstadt Serbiens zur Verbrüderung mit den lauernden Nachbarn; bei einem daselbst abgehaltenen Feste wurden ein ungarischer und ein serbischer Säbel zusammengebunden und Eidschwüre gegen Österreich getauscht. Daß die Magyaren damit Selbstmordpolitik trieben, ward ihnen von Österreich aus vorgehalten — ohne sichtbaren Erfolg.

In den Honigmonden des Ministeriums Weyerle-Rossuth, also selbst nach der Versöhnung der ungarischen Opposition mit der Krone, hielt die magyarischkroatische Freundschaft noch stand. Die Wahlen in den kroatischen Landtag vollzogen sich zum erstenmal seit zwei Jahrzehnten ohne einen auf das Volk geübten Druck, auch die Partei der Fiumaner Resolution hatte vollkommen freie Hand. Sie erhielt die relativ größte Stimmenzahl, ohne jedoch die absolute Mehrheit im Landtage zu erlangen. Sie organisierte sich darauf als serbischkroatische Koalition, welche zur kleineren Hälfte aus Serben, zur größeren aus Kroaten bestand.

An der Spitze der serbischen Unabhängigkeitspartei stand Svetozar Pribičević, der mit seinem Bruder Udam in Ugram den „Erbobran“ herausgab; Führer des Gesamtverbandes war der Kroat Franz Supilo.

Indessen standen die Dinge lange nicht so, daß die breiten Schichten des kroatischen Volkes sich von Kaiser und Reich abzuwenden Lust gehabt hätten. Die serbische Unabhängigkeitspartei zwar deckte kaum noch einen Schleier über ihre Ziele; die Kroaten unter Supilo dagegen leugneten jede gegen den Bestand der Monarchie gerichtete Absicht und beschwerten sich über die Verleumdungen, denen sie ausgesetzt seien. Ein Drittel Kroatiens hatte zur aufgelösten Militärgrenze gehört, das ganze Land war noch erfüllt von den Erinnerungen an den Dienst unter den österreichischen Fahnen; unter den Generälen und Offizieren der kaiserlichen Armee war die Zahl von Söhnen des streitbaren Volkes bis 1918 unverhältnismäßig groß. Als die serbischkroatische Koalition in Fiume den Kampf gegen Österreich zum Beschluß erhob, ertönte im Lande auch nachdrücklicher Widerspruch. Am lautesten in der von Anton Starčević gegründeten Partei, die sich nach seinem Tode gewandelt hatte. Seine Anhänger erkannten mit der Zeit immer mehr, es sei unzweckmäßig, den Kampf an allen Fronten

und gegen jeden möglichen Feind, gegen Österreich und Ungarn, gleichzeitig auch gegen die Serben zu führen. Wohl blieb die Selbstbehauptung des Kroatentums leitender Grundsatz der Partei, weshalb sie sich ebenso kräftig gegen Ungarn, wie gegen die Serben kehrte, wofür letzteren sie auf kroatischem Boden das Recht auf ein nationales Sonderleben absprach. Dagegen lenkte sie an der dritten Front, an der österreichischen, ein, und ihr Führer, Josef Frank, setzte eine Umgießung des Programms der „Reinen Rechtspartei“ in dem Sinne durch, daß sie ihr Ziel, die Schaffung Großkroatiens, „im Rahmen der habsburgischen Monarchie“ anzustreben erklärte. Frank und die Seinigen meinten es aufrichtig mit dem Anschlusse an die Monarchie; das war auch die in der Bauernschaft und in der katholischen Gesellschaft vorwaltende Gesinnung, woher sich ihr Anhang ergänzte. Seit der Fiumaner Resolution wurde der Kampf der „Reinen Rechtspartei“ mit der serbisch-kroatischen Koalition immer heftiger. Unter der Führung Franks knüpfte sich Kroatiens bereits abgerissene Verbindung mit den Wiener Regierungskreisen wieder an; er selbst stand in guten Beziehungen zu Aehrenthal. General Aussenberg, eine Zeitlang Divisionär in Kroatien, war die Mittelsperson¹⁾, durch welche Erzherzog Franz Ferdinand den habsburgisch Gesinnten im Lande zu wissen tat, von ihm seien für Kroatien bessere Zeiten zu erwarten.

Diese Anweisung auf die Zukunft wurde um so lieber gehört, als ganz unvermittelt von Ungarn her neue Stürme heraufzogen. Während der ersten Session des neugewählten kroatischen Landtags herrschte zwischen dem Ministerium Wekerle-Kossuth und der serbisch-kroatischen Koalition eitel Freundschaft, nur die Rechtspartei störte durch ihre leidenschaftliche Opposition das, wie sich bald zeigte, kurze Vergnügen der neuen Mehrheit. Kaum fühlte sich nämlich das ungarische Ministerium sicher im Sattel, in den es sich mit Hilfe der Serbokroaten geschwungen hatte, so zeigte es seine wahre Natur. Vergessen war die Verbrüderung; Kroatien bekam wie früher die Peitsche zu spüren. Kossuth als Handelsminister legte dem ungarischen Parlament ein Eisenbahnstatut vor, welches für alle Bahnen der Länder der Stefanskronen die magyarische Dienstsprache vorschrieb; das war, soweit Kroatien in Betracht kam, ein Bruch des 1868 mit diesem Königreiche geschlossenen Ausgleiches. Schon vordem wurden Beamte kroatischer

¹⁾ Vgl. dessen Lebensschilderung „Aus Österreichs Höhe und Niedergang“, 1921, S. 109 u. a. D.

Nationalität bei den Eisenbahnen in jeder Weise zurückgesetzt; man verlangte auch von ihnen, sie sollten nur ungarisch miteinander sprechen und ihre Kinder in die für den magyarischen Nachwuchs errichteten Schulen schicken¹⁾. Einmütig erhob der kroatische Landtag Einspruch gegen das Eisenbahnstatut; die serbisch-kroatische Koalition brach mit der ungarischen Regierung. Das Statut wurde aber im Budapester Reichstag angenommen, so daß die vollständige Magyarisierung der Eisenbahnen nicht aufzuhalten war. Das war auch dem Banus Pejačević zuviel; er legte im Juni 1907 sein Amt nieder. Nach der kurzen Zwischenregierung eines hohen Gerichtsbeamten wurde Baron Paul Rauch (Januar 1908) zum Banus ernannt, um Kroatien wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Er löste den Landtag auf, erlitt jedoch, obwohl er auf schärfste dreinfuhr, eine vollständige Niederlage. Bei den Wahlen (Februar 1908) errang die serbisch-kroatische Koalition 57 von 88 Mandaten, also die absolute Majorität, der „Reinen Rechtspartei“ fielen 24 Stimmen zu. Darauf regierte Rauch ohne Landtag und gegen das Gesetz; er scheute kein Mittel, um die Opposition zu Paaren zu treiben. Der Sieg der serbo-kroatischen Vereinigung war darauf zurückzuführen, daß sie den schönen Gedanken der Einigung der zwei Volksstämme auf ihre Fahnen schrieb. Dieses Programm übte jedoch seine Zauberkraft erst jetzt, da Kroaten und Serben gegen Ungarn aufmarschierten. Österreich jedoch gewann nichts aus diesem Frontwechsel, da die Südslawen hinter dem Banus Rauch nicht nur die ungarische Regierung, sondern auch den Kaiser sahen, von dem er eingesetzt war. Der das Land durchtobende Verfassungs- und Parteienkampf war für die Belgrader Regierung ein Labsal, denn endlich, so rechnete sie, werde den Kroaten doch die Anhänglichkeit an das Haus Habsburg ausgetrieben werden.

*

Serbiens Ansprüche auf Bosnien

Bosnien und die Herzegowina, seit 1878 im Besitze Österreich-Ungarns, waren völkerrechtlich noch ein Teil des osmanischen Reiches; die Oberhoheit des Sultans war aber eine bloße Form, auf die er

¹⁾ Südländ, S. 640.

selbst nicht den Wert legte wie Serbien, welches aus dem zwiespältigen internationalen Verhältnisse der Länder die Hoffnung schöpfte, sie von der Donaumonarchie loszureißen. Von 1882 bis 1903 leitete der gemeinsame Finanzminister Benjamin Kallay die Verwaltung der besetzten Provinzen, welche durch die hergestellte Rechtssicherheit, durch Anlage von Eisenbahnen und Straßen, durch Förderung geistiger Interessen schöne Fortschritte machten, wie auch von englischen und französischen Beobachtern anerkannt wurde. Die Bewohner teilten sich in 45 Prozent orthodoxer Serben, 32 Prozent Moslim und 23 Prozent katholischer Kroaten, so daß man vor dem Weltkriege rund 800 000, 600 000 und 400 000 Seelen der drei Bekenntnisse zählte. Kallay regierte das Land absolutistisch, aber gerecht. Er glaubte, alle nationalistischen Bestrebungen niederhalten zu können, die serbischen wie die kroatischen; die Landessprache hieß unter ihm amtlich bosnisch, nicht serbokroatisch, womit gewissermaßen eine Scheidewand gegen die benachbarten Südslawen aufgerichtet werden sollte. Es gehörte, wie wir wissen, zum magyarischen System, die Serben auf Kosten der Kroaten an die Regierung heranzuziehen, und Kallay war nicht frei von dieser Schwäche. Gegen Ende seiner Verwaltung erhob das Serbentum auch in Bosnien das Haupt und strebte den Zusammenschluß mit den Stammesgenossen im Königreiche an. Spät erst erkannte Kallay den Fehler seiner Rechnung, gab auch zu, daß die Ungarn die Kroaten ungerecht zurücksetzten und brach in den Ruf aus: „Das Serbentum ist der Feind!“

Sein Nachfolger, Freiherr von Burian, fand bereits schwierige Verhältnisse vor. Gleichfalls Ungar, hätte er am liebsten mit den Serben regiert. Ihren Beschwerden gegen das patriarchalisch-absolutistische Regiment Rechnung tragend, gewährte die Regierung 1905 der orthodoxen Kirche Bosniens die lang erstrebte Autonomie. Schon aber untergruben die Ereignisse in den Nachbargebieten die österreichisch-ungarische Herrschaft. Das Emporkommen des Hauses Karageorgević wirkte zunächst nicht so verderblich wie der Streit um die gemeinsame Armee und die Fiumaner Resolution. Die bosnischen Serben fanden bei der ungarischen Opposition Schutz, und Burian mußte in Bosnien, um nicht mit seinen Landsleuten zusammenzustößen, bei mancher Auflehnung und Untreue der Serben ein Auge zudrücken.

Das war der Nährboden, auf den die großserbische Ausfaat geworfen wurde, um bald in die Halme zu schießen. Man findet die

Methode und das Endziel dieser Wühlarbeit in dem Buche entwickelt, das Miroslaw Spalajković 1899 am Schlusse seiner Pariser Studienzeit erscheinen ließ¹⁾. Auch wenn der Verfasser nicht später in Serbien zu höheren Staatsämtern emporgerückt, nicht Sektionschef und Gesandter geworden wäre, so würde seine Arbeit erwähnt werden müssen, da die bosnische Politik Serbiens durch sie bestimmt worden ist. Er setzte darin den Franzosen auseinander, gerade sie müßten an dem Geschehe Anteil nehmen, das Bosnien und der Herzegowina durch die „gewalttätige Politik Bismarcks und Andrásfys“ bereitet worden wäre. Diese Länder seien zwar zum Teile auch von Moslim und Katholiken bewohnt, aber auch diese seien Serben, es gebe dort nur eine Nationalität; dort sei die serbische Rasse ohne Blutmischung am reinsten erhalten. Einer seiner Kernsätze lautet: „Diese Gebiete wieder zu erwerben, ist für Serbien und Montenegro bei ihren heutigen Grenzen der wahre einzige Daseinsgrund, aber das Hindernis liegt in dem ewigen Widerstreite der zwei Ideen, der eines Großserbien und eines Österreich als Balkanmacht.“ Somit predigte Spalajković die Vertreibung Österreich-Ungarns aus Bosnien und fährt dann fort: „Wird es jemals ein Großserbien geben oder nicht? Die ganze serbische Frage liegt darin. Ist es Europa möglich, es zu unterdrücken? Niemals, denn es hieße eher das serbische Volk vernichten! Man wisse wohl, dies strebt eben Österreich an...“ Der Hebel, um die Donaumonarchie zu beseitigen, liege in dem von Europa gegebenen Mandat zur Besetzung; dieses Mandat sei befristet und könne von Europa zurückgenommen werden. Nun war dies unrichtig, da in der Berliner Kongressakte von einer Frist nicht die Rede ist; auch hätte der einmütige Beschluß des Kongresses nur wieder mit Zustimmung von Österreich zurückgenommen werden können, was nur durch einen europäischen Krieg zu erreichen war; eben vor diesem Kriege schreckten weder Spalajković noch seine Gesinnungsgenossen zurück. Darauf zielend, setzt er auseinander: Da Österreich-Ungarn seiner Aufgabe, das Land zu beruhigen, nicht nachkomme, sondern dessen Bewohner unterdrücke, so hätten die Großmächte das Recht, es zu zwingen, das Land wieder seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückzustellen. Darin liegt die Feinheit der Beweisführung: Spalajković sprach scheinbar dem Großherrscher das Wort, während er ihm doch Mazedonien ab-

¹⁾ La Bosnie et l'Herzégovine, Paris 1899. Vgl. Südländ - Pilar, S. 380—392.

nehmen wollte. Abriß sei Österreich kein lebensfähiger Staat und müsse in seine Teile zerlegt werden, es erinnere politisch an Dantes Hölle. Bald hatte Spalajković Gelegenheit, seine Ideen in die Tat umzusetzen. Ins Belgrader Ministerium des Äußeren aufgenommen, ward er an die Spitze der Kultussektion gesetzt, der Abteilung, die unter ihrem harmlosen Namen die großserbische Propaganda im Auslande zu betreiben hatte. Der Welt gegenüber wurde der Schein aufrechtgehalten, daß die Kultussektion sich mit den religiösen Bedürfnissen der orthodoxen Serben in der Türkei und in Österreich-Ungarn zu beschäftigen hätte; indessen wurden auch die politischen Sendboten und die Zeitungen von dort aus geleitet, die zu Treibereien verwendeten Gelder angewiesen. Spalajković heiratete die Tochter eines der reichsten Bosnier, Jestanović, und besaß damit auch Familienverbindungen in der Nachbarmonarchie. Im Sommer 1907 hielt er sich durch einige Wochen, angeblich zum Besuche seiner Schwiegereltern, in Bosnien auf und verkehrte mit den Häuptern der großserbischen Partei. Was sonst noch vorging, schilderte ein den Serben freundlich gesinnter Franzose, René Pinon, unmittelbar darauf in folgender Weise: „Diese Propaganda dringt in alle Länder ein, wo man serbisch spricht; in das türkische Altserbien, in den Sandschak von Novibazar, in den ungarischen Banat, in Dalmatien und besonders in Bosnien und in die Herzegowina. Serbische Agenten durchziehen die Gegenden, verbreiten die Idee eines Großserbiens, das alle serbischen Länder in sich schließen solle. Herr Spalajković, der durch seine Familienverbindungen in der ganzen Provinz Beziehungen besitzt, hielt sich unter einem falschen Namen längere Zeit in Bosnien auf¹⁾.“

Eine Wirkung dieser Wühlarbeit war es, daß aus den Gemeinden Bosniens und der Herzegowina Abgeordnete gewählt wurden, die, 71 an der Zahl, zwischen dem 9. und 13. November in Sarajewo zu einer Art Parlament zusammentraten. Ihr Beschluß war der Widerhall des in dem Buche Spalajkovićs gemachten Vorschlages. Er ging auf die Errichtung eines selbständigen bosnisch-herzegowinischen Staates, im Rahmen des türkischen Reiches, während von Österreich-Ungarn überhaupt nicht die Rede war. Die beschlossene Formel war deshalb geschickt, weil durch sie die Moslim angelockt wurden. Darauf geschah

¹⁾ René Pinon, „L'Europe et la crise balcanique“ in der „Revue des deux mondes“ vom 15. Dezember 1908, S. 668. Vgl. auch Th. v. Sosnosty, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns“, II, S. 181—193, Stuttgart 1914.

etwas Wunderbares: als die Abgeordneten der bosnischen Opposition in Budapest vorsprachen, wurden sie von der Kossuth-Partei, also von Mitgliedern der damaligen Regierungsmehrheit, mit offenen Armen empfangen, Graf Batthyany stellte die Unterstützung der aufgestellten Forderungen in Aussicht. Ob das nun eine Harlekinade oder Verblendung war: die Torheit konnte nicht weiter getrieben werden¹⁾.

Offenbar nahmen die magyarischen Staatsweisen an, die bloß in einer dünnen Oberschicht des bosnischen Volkes bemerkbare Unruhe habe nicht viel zu bedeuten. Wahr ist, daß die Masse der Bevölkerung die von Österreich-Ungarn dem Lande gebrachte Ordnung und Rechtssicherheit zu schätzen wußte; öffentliche Ruhestörungen kamen bis zum Weltkrieg nirgends vor. Auch ermannte man sich endlich in Wien und griff nach der Sarajewoer Tagung kräftig durch. Erzherzog Franz Ferdinand erhob beim Kaiser Klage über das schwache bosnische Regiment. Aehrenthal, seit 1906 Minister des Auseren, schloß sich ihm an und forderte in einer an Burian gerichteten Note straffere Zügel-führung, wobei er die unbegreifliche Begünstigung des serbischen auf Kosten des kroatischen Elementes mißbilligte. Da Aehrenthal in der ungeklärten staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina eines der Hilfsmittel der diese Provinzen durchdringenden großserbischen Wühlarbeit sah, bestärkte sich in ihm der Vorsatz, deren Annexion durch Österreich-Ungarn zu erwirken. Die Bosnier sollten wissen, daß die Donaumonarchie sich ihren letzten Landerwerb nicht gutwillig werde entwenden lassen.

¹⁾ In dem Werke Seton-Watson's wird das Buch von Spalajković nicht erwähnt den Angaben Pinons kein Glaube zugemessen. Auch das bosnische Parlament vom November 1907 wie die anderen Forderungen daselbst sind stillschweigend übergegangen. Von Spalajković wird gesagt, er sei Vorstand der „Mazedonischen Sektion“ gewesen, eine unrichtige Angabe statt „Kultussektion“, wodurch die Annahme wachgerufen wird, er habe sich nur mit Mazedonien beschäftigt. Und doch sind alle diese Dinge ausführlich in dem sogenannten Friedjung-Prozess zur Sprache gekommen, den Seton-Watson ausführlich, aber unter Weglassung der ihm nicht passenden Tatsachen behandelt. Ablenkend schreibt er Seite 189 der deutschen Ausgabe seines Buches: „Serbien, geschwächt durch die Verschwörungen der Königsmörder und Anti-Königsmörder . . . war ganz und gar nicht in der Lage, irgend etwas zu unternehmen, was die Doppelmonarchie ernsthaft hätte bedrohen können. Die Kraft, die die inneren Parteistreitigkeiten noch übrigließen, wurde nicht auf Bosnien, sondern auf Mazedonien und Altserbien verwendet . . .; auf wilde und aussichtslose Abenteuer westlich von der Drina konnte es sich nicht einlassen.“ Mit diesen Sätzen ist die historische Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Revolutionäre Anschläge und Hochverratsprozesse

Neben den von der serbischen Regierung geförderten Treibereien lief eine direkt revolutionäre Tätigkeit her, die auch mit Bomben und Dynamit hantierte. Wie weit die Minister König Peters in diese Bewegung eingriffen und wie weit sie ihnen unwillkommen war, wird sich wohl nie feststellen lassen; hier sollen bloß die Tatsachen vorgeführt werden.

In Belgrad bildete sich ein aus jungen Leuten, meist Studenten, bestehender Verein, der Slovenski Jug (der slawische Süden), der sich zum Ziele setzte, die von Serben und Kroaten bewohnten Lande zu revolutionieren, um einen aus Republiken bestehenden Bundesstaat aufzurichten. Ob der Slovenski Jug als solcher, oder nur eine radikale Gruppe darin, sich mit solchen Entwürfen beschäftigte, ist weniger wichtig. Das Programm hierfür wurde von Milan Pribičević entworfen, dessen zwei Brüder, wie erzählt wurde, in Ugram den „Erbobran“ leiteten und schrieben; Milan selbst, ursprünglich Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee, war aus nationalem Eifer ins serbische Heer übertreten. Die Denkschrift des Oberleutnants Pribičević bezeichnete als Bereich der Tätigkeit der Revolution Serbien, Bosnien, die Herzegowina, Montenegro, Istrien, die slowenischen Länder, Ungarn, Altserbien und Mazedonien, deren serbokroatische Gebiete zu einem „großen südslawischen Republikenbund“ umzugestalten wären. Indessen machte der Verfasser einen Unterschied zwischen Serbien und den übrigen Ländern. Da in dem Königreich, wie er sagte, ohnedies Freiheit und Selbstregierung bestehe, so wären hier nur die Geister für das große Ziel zu gewinnen; wo die Nation dagegen unter Willkürherrschaft leide, sei der Schrecken in jeder Gestalt zu entfesseln. Mord und Zerstörung durch Dynamit werden unbedenklich empfohlen.

Als Milan Pribičević, Oberstleutnant geworden, nach Schluß des Weltkrieges mit serbischen Truppen in das Gebiet der Monarchie einrückte, wurde er von seinen Gesinnungsgenossen im Triumph aufgenommen und das revolutionäre Statut als sein Ruhmesstück gepriesen; die Mordvorbereitungen waren in einem Lande, dessen König

seine Krone einem Blutbade verdankte, seiner militärischen Laufbahn nicht abträglich gewesen¹⁾. Die Umstände brachten es mit sich, daß der erste vom Slovenski Jug ausgehende Bombenanschlag sich nicht gegen Österreich, sondern gegen den Fürsten Nikolaus von Montenegro richtete. Nikolaus lag nämlich in bitterem Hader mit seinen Untertanen, da er die seinem Lande 1905 verliehene Verfassung schon 1907 wieder aufgehoben hatte. Die heißblütigen politischen Flüchtlinge aus Montenegro, die im Slovenski Jug Unterschlupf fanden, sahen in ihm den Erzfeind und Verräter, da er in seiner Bedrängnis an Österreich-Ungarn eine Stütze suchte. Drei mit Bomben ausgerüstete Männer wurden im Oktober 1907 verhaftet, als sie den Boden des Fürstentums betraten²⁾. Sie gestanden, daß sie gekommen seien, die Regierung zu stürzen und statt Nikolaus seinen Sohn Danilo zum Fürsten auszurufen. Aber die Herkunft der Bomben befragt, erklärten sie, keine Auskunft geben zu können. Da meldete sich als Kronzeuge ein junger Mensch, namens Georg Nastić, der vor dem Gerichtshofe aussagte, er sei einer der Verschwörer gewesen; die Bomben habe er, auf Grund einer Empfehlung des Kronprinzen Georg von Serbien, im serbischen Staatsarsenal zu Kragujevac erhalten, wo er auch in deren Gebrauch eingeübt worden sei. Eigentlich hätten die Geschosse am 18. August in Sarajewo auffliegen sollen, womit er einverstanden gewesen wäre. Empört darüber, daß man das Unternehmen aufgegeben und den Fürsten von Montenegro zum Opfer erkoren habe, melde er sich jetzt beim Gericht als Zeuge. Für diese Aussage erhielt er vom Fürsten 3000 Kronen, und dieser Umstand wie der andere, daß er schon früher bald Verschwörer, bald Vertrauensmann der bosnischen Polizei gewesen, fordert bei der Bewertung seiner Aussage zur Vorsicht auf. Da jedoch seine Schilderung der Vorgänge im Staatsarsenal zu Kragujevac so ziemlich mit der übereinstimmt, welche die Mörder des Erz-

¹⁾ Auch Seton-Watson zweifelt nicht an der Echtheit der Denkschrift. Da er aber den Anschlägen auf die Sicherheit Österreich-Ungarns jede Bedeutung abspricht, um die Verfolgungssucht der Wiener Regierung im schlimmsten Lichte erscheinen zu lassen, so nennt er das Revolutionsstatut ein „langatmiges und lächerliches Dokument“, den Plan „phantastisch“; kein ernster Politiker habe das Statut ernst genommen. Darin urteilten die Opfer der Bombenattentate, wie die Vertreter des Milan Pribičević, anders.

²⁾ L. Mandl, „Österreich-Ungarn und Serbien“, Wien 1911, S. 38—41. Südländ. Pilar, S. 398—400. Über das Verhältnis Montenegros zu Rußland vgl. das Neue Wiener Tagblatt vom 22. Februar 1916.

herzogs Franz Ferdinand 1914 vor ihren Richtern ablegten, so wird Nastić in diesem Punkte wohl die Wahrheit gesprochen haben.

Die Besitzer der Bomben wurden in Cetinje zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt, der Fürst von Montenegro benützte aber die Gelegenheit, um auch seinen früheren Ministerpräsidenten Radović, den Führer der demokratischen Partei, zu treffen, den er gleichfalls wegen Hochverrats gefangen setzen ließ. Nikolaus hegte keinen Zweifel, daß die Bomben in Serbien gefüllt worden waren. Das bestärkte ihn in seiner Abneigung gegen König Peter, mit dem er ohnedies in Feindschaft lebte, obwohl dieser der Gatte seiner 1890 verstorbenen Tochter Zorka gewesen war. Nicht daß Nikolaus seinen Schwiegersohn oder auch Pašić der Mitschuld an dem geplanten Verbrechen bezichtigte; er grollte jedoch der serbischen Regierung, daß sie das Mordnest des Slovenski Jug in Belgrad duldete. Das durch den Bombenanschlag erregte Aufsehen war so groß, daß die schon wegen der Ermordung König Alexanders übel beleumdeten serbischen Staatslenker sich bewogen fühlten, den Slovenski Jug für einige Zeit zu schließen. Bald aber wurde er wieder eröffnet, gab sich indessen bloß als Leseverein, dem sich auch Universitätsprofessoren anschlossen. Der Klub setzte, wie sich zeigen wird, die Arbeit im großserbischen Sinne fort, ließ sich aber, so scheint es, auf mörderische Mittel nicht mehr ein. Dafür legte sich ein anderer Verein, die Narodna Odbrana (nationale Verteidigung), keinen Zwang auf und beschäftigte sich mit dem Ausrüsten von Banden zum Einfall in Bosnien und Mazedonien. Die serbische Regierung hielt es für zweckmäßig, die aus dem Staatsarsenal stammenden Bomben nicht selbst abzusenden, sondern durch die Narodna Odbrana übermitteln zu lassen¹⁾. Die Propaganda der Regierung und die der re-

¹⁾ Ein Beleg dafür ist ein Bericht des serbischen Gesandten in Cetinje, Jovanović, an den serbischen Minister des Außern Milovanović vom 3./16. Februar 1909, den die österreichisch-ungarische Regierung im September 1917 aus den beschlagnahmten serbischen Staatsakten veröffentlichte. Infolge der Annexion Bosniens versöhnte sich Fürst Nikolaus mit Serbien und erbat sich zum etwaigen Feldzuge gegen Österreich-Ungarn Sprengstoffe und Bomben. Der serbische Gesandte schreibt in dem erwähnten Brief: „Streng vertraulich. Unter einem ersuchte mich sowohl der Ministerpräsident, als auch der Minister Plamenac im Auftrage des Fürsten, nach Serbien zu schreiben, damit man ihnen auf kürzestem Wege Explosivstoffe, namentlich aber Handbomben, sende. Ich habe immer und so auch gestern dem Herrn Tomanović geantwortet, der Staat verfüge schwerlich über Bomben, möglicherweise besitze aber der Ausschuß der ‚Narodna Odbrana‘ solche und müsse daher die Sache durch diesen gemacht werden. Nun hat er mich wieder, Ihnen zu schreiben, was ich

volutionären Vereine ergänzten sich, um der österreichischen Herrschaft in Bosnien und Kroatien ein Ende zu bereiten. Die das Tageslicht scheuende revolutionäre Agitation wurde mit einem Male wie mit einer Diebblaterne von dem uns bereits bekannten Nastić beleuchtet. Wegen seiner zu Cetinje abgelegten Zeugenaussage im Agramer „Erbobran“ heftig angegriffen, beschloß er sich zu rächen. Das geschah in einer im Juli 1908 zu Budapest deutsch erschienenen Schrift „Finale“, der er bald eine andere „Wo ist die Wahrheit?“ folgen ließ. Beide sind ein unentwirrbares Gewebe von Wahrheit und böshafter Ungeberei¹⁾. Er wollte durch sie die Brüder Pribičević treffen, deren es außer dem serbischen Oberleutnant und den zwei Herausgebern des „Erbobran“ noch einen vierten gab, Valerian, einen Theologieprofessor. Zu diesem Behufe veröffentlichte Nastić im „Finale“ das oben besprochene revolutionäre Statut, das er im Slovenski Jug erhalten hatte, und bewies durch einen photographischen Abdruck, daß es von der Hand des Milan Pribičević geschrieben war. Das hätte diesem nicht weiter geschadet, da er sich auf serbischem Boden in Sicherheit befand. Nastić behauptete aber außerdem, daß auch dessen Brüder Valerian und Udam an der Verschwörung gegen die Doppelmonarchie beteiligt wären und zu diesem Behufe in Belgrad bei einer Versammlung mitgetan hätten. Damit waren diese zwei des Hochverrats beschuldigt.

Die Veröffentlichung fiel gerade in die Zeit politischer Hochspannung im kroatischen Staatswesen. Der Banus Paul Rauch, zur Niederwerfung der serbisch-kroatischen Opposition berufen, hatte seine Gegner kurz vorher verräterischer Verbindungen mit Belgrad bezichtigt, und diese wieder überhäufte ihn früher wie später mit nicht zu überbietenden Schmähungen. Ebenso heftig tobte der Streit zwischen der serbisch-kroatischen Koalition und der „Reinen Rechtspartei“. Wäre dieser Kampf auch nicht mit vergifteten Waffen geführt worden, jedenfalls mußten nach dem Erscheinen der Schrift des Nastić, die, unter Wiedergabe von Dokumenten, bestimmte Anschuldigungen erhob, die kroa-

hiermit tue. Man könne dies im Wege des Ausschusses ‚Narodna Odbrana‘ tun, aber keineswegs im Amtswege.“ Die Versicherung, die serbische Kriegsverwaltung verfüge nicht über Sprengstoff, ist stark. Es empfahl sich aber nicht, Bomben aus dem Staatsarsenal nach Cetinje direkt zu übersenden, denn das Fabrikat wäre dem ähnlich gewesen, das die montenegrinischen Gerichte von den 1907 verhandelten Mordprozessen her in Verwahrung hatten.

¹⁾ Darin ist Seton-Watson vollständig zuzustimmen.

tischen Gerichte einschreiten; es erfolgte also die Verhaftung des Valerian und des Udam Pribičević. Der Banus wollte aber die Gelegenheit zur Vernichtung seiner politischen Gegner benützen, so daß im ganzen 60 Personen eingekerkert und unter die Anklage auf Hochverrat gestellt wurden. Den wenigsten der Beschuldigten konnte etwas Greifbares vorgehalten werden; der Staatsanwalt ging jedoch mit nicht zu überbietender Schärfe vor, und der Präsident des Ugramer Gerichtshofes gestattete sich grobe Rechtsverletzungen, so daß sich die öffentliche Meinung auch außerhalb Kroatiens mit Unwillen von dem Schauspiel abwandte. Nastić zwar hielt dem Kreuzverhör der Verteidiger stand und sagte mit solcher Sicherheit aus, daß für seine Aussage gegen die Brüder Pribičević eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht. Indessen war er der einzige und noch dazu verdächtige Kronzeuge, so daß der Ausgang des Prozesses das allgemeine Rechtsgefühl verletzte. Todesurteile wurden zwar nicht verhängt, aber die zwei Pribičević zu zwölfjährigem, 33 andere zu fünf- bis achtjährigem Kerker verurteilt; die übrigen Mitangeklagten gingen nach der langen Untersuchungshaft frei aus (5. Oktober 1909)¹⁾. Offenbar hatte sich mehr als einer der Beschuldigten in Verbindungen gegen die Sicherheit des Donaureiches eingelassen; aber die Rechtsgrundlagen des Urteils waren schwach, was auch aus der zwei Jahre später erfolgten Begnadigung sämtlicher Verurteilter erhellte. Die Habsburgermonarchie erlitt durch den Prozeß moralischen Schaden, und das war um so schlimmer, als mitten dazwischen die Annexion Bosniens fiel, durch die ganz Europa in Bewegung gesetzt wurde.

*

Besserung der Lage in Österreich-Ungarn

Die Wolken ballten sich am südöstlichen Horizonte des Reiches drohend zusammen; indessen dürfen die Ereignisse des ersten Jahrzehntes nach 1900 nicht in der Art falsch eingeschätzt werden, daß man die riesengroßen Schatten aus dem Weltkriege vordringend in sie hinein

¹⁾ Seton-Watson, S. 207 f., Südländ-Pilar, S. 568—572, ergänzen sich wechselseitig.

spielen läßt. Kroatien hatte dritthalb Millionen Einwohner, konnte also die Geschichte des 50 Millionen zählenden Reiches nicht entscheidend bestimmen. Im übrigen Österreich-Ungarn trat nach 1905 sogar teilweise Beruhigung ein. Östlich von der Leitha wurde die Parlamentsmehrheit durch die Drohung mit dem allgemeinen Wahlrecht in Schach gehalten und das aus ihr hervorgegangene Ministerium Wekerle-Rossuth war dem Kaiser gegenüber auch deshalb willfährig, weil es vom Thronfolger Urges befürchtete. Es war doch sehr merkwürdig, daß die Rossuthische Majorität 1907 den Ausgleich mit Österreich für zehn Jahre erneuerte. Das widersprach schnurstracks ihrem Programm, wurde ihr aber durch den augenscheinlichen Vorteil Ungarns aufgedrängt.

Den Wünschen der Magyaren war zwar in den neuen Verträgen betreffs der staatsrechtlichen Formen Willfahrt, die Realunion mit Österreich aber nicht angetastet. Die äußere Politik, das stehende Heer, das gemeinsame Zollgebiet, die Notenbank blieben nach wie vor die um die zwei Staaten der Monarchie gelegten Keisen. Diese Erneuerung des Ausgleiches war der letzte dem Reichsgedanken beschiedene Erfolg.

Noch erfrischender war der Eindruck der Wahlreform von 1907, durch welche Österreich zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht überging. In das Verdienst an dem Werke teilten sich die Sozialdemokratie durch ihre stürmischen Wekrufe und Kaiser Franz Josef, der den Widerstand der Aristokratie und des Großbürgertums durch seine Minister brechen ließ. Der greise Herrscher wußte was er tat; er befestigte damit seine ohnedies große Volkstümlichkeit, die ihn bis ans Grab begleitete. Nicht bloß das dynastische, auch das Staatsgefühl hob sich, wenn es auch vornehmlich die Deutschen waren, die sich eng an den Herrscher angeschlossen. Seit dem Fallen der Sprachenverordnungen 1899 national nicht mehr gefährdet, fühlten sie sich mit Kaiser Franz Josef in der Verteidigung des Staates, wie des deutschen Bündnisses, einig. Im Ministerium des Freiherrn von Beck (1906 bis 1909) saßen übrigens Vertreter aller größeren Volksstämme, der Deutschen wie der Polen und der Tschechen, so daß die Hoffnung auf das Gelingen des böhmischen Sprachenausgleiches durchs Gewölk schimmerte. Wohl trotz diese Erwartung, aber das Aufatmen nach langen Obstruktionsstürmen kam auch der Stellung der Monarchie gegenüber den anderen Großmächten zugute. Will man die Ereignisse jener Tage richtig beurteilen, so darf man sich nicht durch die Erscheinungen beirren lassen, die 1918 eintraten, als die Kraft der Staatslenker

und der Beherrschten durch die mehrjährige Hungersnot wie durch die übrigen Schrecknisse des Krieges zermürbt war. Im Jahre 1908 raffte sich die Regierung noch einmal zu einem großen Entschlusse auf, zur Annexion Bosniens und der Herzegowina. Ließ sich gegen diese Maßregel auch vieles einwenden, so äußerte die Monarchie durch ihre kraftvolle Durchführung jedenfalls wieder ihren bis zum Schlusse des Weltkrieges immer noch starken Willen zum Leben.